

10. Medien und die gesellschaftliche Dimension internationaler Beziehungen: Transnationaler Konsens/Dissens

Wie im vorherigen Kapitel dargestellt, besitzt US-amerikanische Hegemonie im globalen Kontext eine gesellschaftliche Komponente, und zwar dergestalt, dass die massenmediale Vermittlung von Hegemonie (deren Absicherung wie Unterminierung) primär in *gesellschaftlichen* Zusammenhängen geschieht bzw. maßgeblich auf diesen beruht. Politisch relevante Dynamiken massenmedialer Bedeutungsproduktion lassen sich darüber hinaus aber auch in einem umfassenderen Sinne nachweisen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Vergesellschaftung internationaler Politik treten in diesem Zusammenhang Prozesse massenmedialer Sinngebung *zwischen* Gesellschaften wie *quer* zu nationalstaatlich organisierten Gesellschaften mehr und mehr ins Blickfeld. Zwar stellen außenpolitische Entscheidungsträger nach wie vor eine exponierte Klasse von Akteuren dar, die Massenmedien über bestimmte Medienstrategien etwa zur Legitimationsschaffung einzuspannen suchen. Markantes Charakteristikum grenzüberschreitender politischer Prozesse ist aber, dass »autonome« Muster massenmedialer Berichterstattung ebenso wie die Nutzung bestimmter Medien durch gesellschaftliche Akteure zunehmend an Bedeutung gewinnen, sodass politische Akteure im traditionellen Sinne zunehmend auch auf massenmedial getragene, gesellschaftliche Sinnsetzungsprozesse *reagieren* müssen.

Im Folgenden werden zwei unterschiedliche Fälle solch massenmedial untersetzter gesellschaftlicher Dynamiken im inter- bzw. transnationalen Kontext untersucht: die sog. »transatlantische Medienkluft« (v.a. 2002/03 bis 2008) und der Karikaturenstreit (2005 bis 2006). Während im Falle der »transatlantischen Medienkluft« Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantiks vornehmlich als Rezipientengemeinschaften massenmedialer Berichterstattung jeweils über »den Anderen« (das »Alte Europa« im Falle der US-Gesellschaft, die US-Regierung, später die USA generell im Falle einiger westeuropäischer Staaten) fungierten, zeichnete sich der Karikaturenstreit

durch andere Wesensmerkmale aus. Hier agierten Massenmedien durch ihre Berichtsentscheidungen bzw. stellten politische Zusammenhänge erst her. Überdies wurden sie seitens gesellschaftlicher Akteure eingesetzt, um spezifische Bedeutungen innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in grenzüberschreitenden Kontexten zu verbreiten und zu etablieren. Darüber hinaus vermittelte und stabilisierte die nachfolgende Berichterstattung der Medien über die (medial produzierte) Konfliktdynamik vorab »gesellschaftlich konstruierte Realität«.

Als Träger vornehmlich innergesellschaftlicher Bedeutungskonstruktion bildeten Massenmedien im Fall des transatlantischen Dissenses gegenseitige Wahrnehmungsmuster ab und intensivierten diese durch Beobachtung des Gegenübers sowie der sich herausbildenden Deutungskonkurrenz, die schließlich zu einer verstärkten Abgrenzung der jeweiligen Gesellschaften gegeneinander führte. Im Falle des Karikaturenstreits bestand der Dissens zunächst innergesellschaftlich in Form einer Konfliktlinie zwischen integrations- und immigrationsskeptischen Teilen der dänischen Mehrheitsgesellschaft und Immigrantengemeinschaften mit muslimischem Hintergrund. Dieser Dissens wurde in der Folge internationalisiert und schließlich – an zentraler Stelle auch durch Massenmedien – in transnationalen, zwischen gesellschaftlichen Kontexten etabliert. Massenmedien dienten hier weniger der Abgrenzung von nationalstaatlich organisierten Gesellschaften untereinander als vielmehr der Verknüpfung von Segmenten innerhalb dieser Gesellschaften in grenzüberschreitenden Handlungsräumen. Die Dynamik der entstehenden Konkurrenz von Sinngebungen führte dabei zur Intensivierung von Konfliktlinien quer zu nationalen Gesellschaften und zur »Konstruktion« politischer Gemeinschaften auf kulturell-religiöser Basis vor dem Hintergrund grenzüberschreitender Sinngebungsprozesse.

Damit lässt sich eine zunehmende Transnationalisierung medial getragener, diskursiver Sinnsetzung nicht mehr nur glaubhaft auf Basis einer plausiblen Annahme zunehmender kommunikativer Verknüpfungsmöglichkeiten modellieren. Prozesse der Mediatisierung, die einzelne Gesellschaften übergreifen und in Dynamiken der Bedeutungsproduktion in transnationalisierten Räumen resultieren, können darüber hinausgehend als eine neue Form sozialer Konflikte in den internationalen Beziehungen beschrieben werden. Es lässt sich überdies davon ausgehen, dass es sich dabei um eine generelle Entwicklungstendenz internationaler Beziehungen handelt, nicht zuletzt weil die beiden analysierten Fälle sowohl im Kontext der West-West-Beziehungen als auch der Nord-Süd-Beziehungen angesiedelt sind und damit vglw. hochgradig politisch wie wirtschaftlich integrierte ebenso wie weniger stark verflochtene internationale Handlungsräume umfassen.

In der folgenden kurzen Analyse der beiden Fälle lassen sich die jeweils zugrunde liegenden, maßgeblichen Dynamiken wiederum im Grundmodell »massenmedialer Verknüpfung eines transnationalen Diskursraumes« (vgl. Kap. 7) abbilden. Darüber hinaus ließe sich sowohl die hier jeweils geschilderte Phase als eine diskursive Episode untersuchen bzw. es ließen sich

prinzipiell auch unterschiedliche Phasen des je beschriebenen eskalierenden Konflikts als Abfolge einzelner diskursiver Episoden beschreiben. Auf Basis der bereits vorliegenden Studien habe ich für den Fall des »Karikaturenstreits« die letztgenannte Variante als Analyseraster gewählt (und demzufolge drei aufeinander folgende Phasen jeweils als diskursive Episoden ausgezeichnet). Für die »transatlantische Medienkluft« habe ich auf die Einteilung in solche Phasen verzichtet, da der bisherige Forschungsstand kaum Hinweise darauf bietet, dass unterscheidbare Phasen der Bedeutungskonstruktion in eine sinnvolle zeitliche Abfolge zu setzen sind.¹ In beiden Fällen lassen sich allerdings spezifische Dynamiken massenmedialer Realitätskonstruktion nachzeichnen, so wie sie im Grundmodell massenmedialer diskursiver Konstruktion (Abb. 4, Kap. 6) angelegt sind. Demgemäß wurden der jeweiligen Fallanalyse die folgenden drei Leitfragen zugrunde gelegt:

- Worin bestand der jeweilige (massen-)mediale Beitrag im Hinblick auf die Dynamiken der Bedeutungsproduktion?
- Welche diskursiven Folgen lassen sich jeweils als Konsequenz ausmachen?
- Welche politischen Implikationen bergen diese diskursiven Folgen?

10.1 DIE »TRANSATLANTISCHE MEDIENKLUFT« (*TRANS-ATLANTIC MEDIA DIVIDE*), 2002/03-2008

Dass verschiedene nationalstaatlich organisierte Gesellschaften im internationalen System unterscheidbaren Aufmerksamkeitsmustern folgen und aus einem jeweils aufzeigbaren Spektrum von Bewertungen heraus teils zu konträren Einschätzungen hinsichtlich weltpolitischer Probleme gelangen, erscheint an sich nicht ungewöhnlich. Im Gegensatz dazu hat die sog. »transatlantische Medienkluft« eingangs des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich deshalb verstärkt Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil sie diskursi-

1 Die meisten der hier zugrunde gelegten Studien begreifen ihre Aufgabe weniger darin, eine Konfliktdynamik bzw. -eskalation aufzuzeigen, als vielmehr den zunächst in seiner Intensität und deren Offenlegung überraschenden Dissens im transatlantischen Kontext zu beschreiben. Die Mehrzahl der Studien zum transatlantischen Auseinanderdriften (v.a. hinsichtlich der Invasion der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im Irak 2003) verweist zudem auf dessen massenmediale Dimension eher am Rande bzw. analysiert sie nicht als *zentrale* Dimension. Wie in der nachfolgend eingeführten Unterscheidung zwischen Realitätsdeutungen und Stereotypisierungen angelegt, ließe sich durch eine intensive Analyse der jeweiligen Medienberichterstattungen (in Abgleich etwa mit Umfragedaten im zeitlichen Verlauf) möglicherweise auch eine Abfolge einzelner »diskursiver Episoden« nachweisen.

ven Konflikt (i.S. divergierender Realitätsdeutungen) in einem Zusammenhang sichtbar machte und eskalierte, der gemeinhin als relativ homogene »westliche Wertegemeinschaft« im internationalen Raum wahrgenommen wird.²

Das aus heutiger Sicht weniger offenkundig Paradoxe an der zugrunde liegenden Situation bestand darin, dass gerade intensive Amerikakritik und der anwachsende Antiamerikanismus in westeuropäischen Gesellschaften erstaunlich schien,

»[...] when it is seen to be emerging in the developed countries of Western Europe where American power was crucial in re-establishing democracy [...] and] the prolonged American military presence on the European continent has been a condition for its pacification and integration«.³

Aber auch die Intensität der teils hämischen und mit popkulturellem Tamtam gerahmten Attacken etwa gegen (vermeintliche) französische Symbole in der US-Gesellschaft überraschte. Im Folgenden wird argumentiert, dass die Dynamik dieser Eskalation zwischengesellschaftlichen Dissenses an maßgeblicher Stelle medieninduziert war. Dies bedeutet nicht, die Verantwortung »bei den Medien« zu suchen oder vordergründig danach zu fragen, welche Akteure Massenmedien denn in dieser Hinsicht am erfolgreichsten »für ihre Zwecke einzuspannen« verstanden.

Vielmehr lässt sich aus diskursiv-konstruktivistischer Sicht aufzeigen, dass unterschiedliche Realitätsdeutungen und Bewertungen einzelner Handlungsstrategien dies- und jenseits des Atlantiks massenmedial vermittelt, gestärkt und teilweise eskaliert wurden. Daraus resultierte ein Auseinanderdriften gesellschaftlicher Bewertungsmuster weltpolitischer Phänomene, dessen wenigstens mittelfristig negative Wirkungen auf US-amerikanische Hegemonie ebenso zu politisch bedeutsamen Konsequenzen zählt wie die Unterminierung des kulturell-ideologischen Zusammenhalts der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft insgesamt. Der Begriff der »transatlantischen

2 Eine Übersicht zum gegenwärtigen Stand der transatlantischen Beziehungen liefern u.a.: Sola/Smith 2009. Die dort versammelten Beiträge sind insofern beispielhaft für den gegenwärtigen Diskussionsstand, als massenmedialen und insgesamt gesellschaftlichen Dynamiken allenfalls nachrangige Bedeutung eingeräumt wird. Der Band von Kopstein (2008) thematisiert demgegenüber u.a. auch Nachrichtenmedien dies- und jenseits des Atlantiks (vgl. Morrison 2008), weist diesen bzw. den Konsequenzen medialer Berichterstattung aber ebenfalls einen nur geringen Stellenwert für das allseits konzedierte Auseinanderdriften der Wertegemeinschaft zu. Demgegenüber lässt sich gerade anhand des oben beschriebenen Auseinanderklaffens der medialen Berichterstattung übereinander eine in ihren Konsequenzen bedeutsame Dimension des transatlantischen Dissenses ausmachen.

3 Fabbrini 2006: 6.

Medienkluft« (*trans-atlantic media divide*) wurde von Krugman geprägt, der mit Blick auf die wahrnehmbare Abnahme gegenseitigen Verständnisses und wechselseitiger Akzeptanz dies- und jenseits des Atlantiks seit Mitte 2002 ausführte:

»There has been much speculation about why Europe and the United States are suddenly at such odds. [...] I haven't seen much discussion of an obvious point: We have different views partly because we see different news.«⁴

Pointierter, aber auf eine ähnliche Konsequenz hinauslaufend formulierte Lambert ein paar Wochen später:

»Anti-Americanism has been a feature of the European news media for years [...] However, t]he past couple of years have seen a marked change of tone in the reporting and commentary on Western Europe in the US print media.«⁵

Auf diesen Einschätzungen aufbauend lässt sich die transatlantische Medienkluft folglich als ein Auseinanderdriften der Berichterstattung in den USA einerseits und (maßgeblich West-)Europa⁶ andererseits charakterisieren, und zwar sowohl hinsichtlich der Darstellung und Einschätzung genereller weltpolitischer Thematiken wie im Besonderen auch der Berichterstattung *über-einander*. Zu unterschiedlichen Berichtsmustern über die jeweiligen weltpolitischen Entwürfe und konkrete außenpolitische Strategien, v.a. im Umgang mit dem Irak, sowie deren divergierender Bewertung unter Normativitäts- und Effektivitätsgesichtspunkten gesellte sich damit auch eine verstärkende Tendenz der skeptischen wechselseitigen Beobachtung, die maßgeblich in den jeweiligen Massenmedien stattfand.

Damit soll nicht von der Hand gewiesen werden, dass punktuelle Reserviertheiten, abwertende kulturelle Stereotypisierungen und vornehmlich westeuropäische Abwehrgesten gegenüber als zu dominant wahrgenommener US-Kultur oder US-Medienunternehmen (etwa hinsichtlich der französi-

4 Krugman 2003.

5 Lambert 2003.

6 Die im Folgenden skizzierte Kluft entwickelte sich weniger stark hinsichtlich der Berichterstattung in den 2004 hinzugekommenen, »atlantizistisch« orientierten Staaten Mittel- und Osteuropas. Gleichwohl sind ihre Konturen in Europa auch nicht deckungsgleich mit der vom damaligen US-Verteidigungsminister Rumsfeld beschriebenen Teilung in ein »Altes« und ein »Neues Europa« (wobei Letzteres auch die westeuropäischen US-Verbündeten im Irak-Krieg umschloss), v.a. da die Medienberichterstattung in westeuropäischen Ländern, deren Regierungen den Vereinigten Staaten maßgeblich im Irak-Krieg folgten, deutlich heterogener und in der Tendenz US-kritisch war.

schen Quotenregelung für einheimische Filme und Musik etc.⁷⁾ das transatlantische Verhältnis auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt haben. Die bisweilen dezidiert artikulierte Angst vor einer unbotmäßigen »Amerikanisierung« hat sich in diesem Zusammenhang von jeher als Mobilisierungskern rechter wie linker Feindbildkonstruktion in westeuropäischen Gesellschaften erwiesen.⁸ Dennoch lassen sich Intensität und Verlaufsmuster des seit spätestens Mitte 2002 im Wesentlichen öffentlich – und damit für breite Gesellschaftsschichten sichtbar – ausgetragenen Disputs zwischen US-amerikanischer Regierung und westeuropäischen politischen wie gesellschaftlichen Akteuren nur bedingt auf ein *prinzipiell* vorhandenes Reservoir an gesellschaftlichen Vorurteilen zurückführen. Auch persönliche Animositäten zwischen einzelnen politischen Akteuren oder die veränderte weltpolitische Lage (v.a. veränderte Strukturmerkmale des internationalen Systems nach Ende des Ost-West-Konflikts)⁹ allein erklären die Herausbildung und Eskalation transatlantischen Dissenses nur mittelbar.

Demgegenüber bietet die Dimension massenmedial vermittelter Realität (hier: der internationalen Beziehungen, ihrer Sicherheitsgefährdungen und der Wahrnehmung des Gegenübers im transatlantischen Bündnis) einen fruchtbaren Ausgangspunkt. Mit ihrer Hilfe lassen sich die gesellschaftlich induzierten und auf Gesellschaften zurückwirkenden Abgrenzungseffekte als Dynamiken divergierender Bedeutungskonstruktion erfassen, auf deren Basis sich ein generell erklärbares Auseinanderdriften in seiner Prozesshaftigkeit abbilden lässt.¹⁰ Eine solche divergierende Entwicklung gesellschaftlicher Befindlichkeiten ist dabei mehrfach auf Basis von Umfragedaten beschrieben worden¹¹, ohne dass das *Zustandekommen* der Befindlichkeiten als solcher näherer Analyse unterzogen wurde. Einzelne Dynamiken in den jeweils untersuchten Mustern öffentlicher Meinung laden dabei allerdings zu einer ebensolchen Analyse ein.

So beschreiben Asmus et al. in ihrer Auswertung der Umfrageergebnisse der *Transatlantic Trends*-Studien aus den Jahren 2002 und 2003 eine generelle Polarisierung zwischen den Gesellschaften im transatlantischen Raum, deren Regierungen den Irak-Krieg der Vereinigten Staaten ablehnten, und den Gesellschaften, deren Regierungen als offizielle Verbündete an der Militäraktion teilhatten.¹² Dabei verweisen die Autoren darauf, dass die Kritik

7 Zur Vorgeschichte antiamerikanischer Haltungen gerade in der französischen Presse und Gesellschaft vgl. u.a.: Napoli 2004: 8f. Vgl. auch: Chalaby 2006.

8 Vgl. Maase 1996.

9 Vgl. u.a.: Rudolf 2005: 143.

10 Dies bedeutet keineswegs, Massenmedien als einzige oder einzig relevante Akteure in diesem Zusammenhang auszuweisen: Es heißt aber, massenmedialer Berichterstattung (und deren bedeutungskonstitutiven Effekten) eben nicht nur nachrangige Bedeutung beizumessen, vgl. dazu beispielhaft: Morrison 2008.

11 Vgl. u.a. Asmus et al. 2004; Fabbrini 2006; Isernia 2006.

12 Vgl. Asmus et al. 2004.

und Ablehnung der befragten Gesellschaften sich jeweils deutlich auf spezifische Politiken sowie vornehmlich auf die damalige US-Regierung richtete und gepaart war mit einer generell bekundeten Verbundenheit europäischer Öffentlichkeiten mit »Amerika«.¹³ Dieses Muster wurde in nachfolgenden Studien, etwa der *Pew Global Attitudes*-Umfrage 2004, bestätigt; während in Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien jeweils zwischen 64 und 70 Prozent der Bevölkerungen »den Amerikanern« generell zugeneigt waren, wurden die Vereinigten Staaten als politische Einheit (als »Staat«/Regierung) wesentlich weniger geschätzt (tendenzielle Ablehnungsraten zwischen 38 und 57 Prozent).¹⁴ Im Nachgang zur Wiederwahl Präsident Bushs 2004 hatte sich dieses Differenzierungsmuster europäischer öffentlicher Meinung aber deutlich eingeebnet. So bekundeten teilweise signifikante Mehrheiten in den befragten europäischen Bevölkerungen, dass ebendiese Wiederwahl auch eine positive Bewertung »Amerikas« und der US-amerikanischen Gesellschaft generell deutlich erschwerten.¹⁵ Umfragewerte aus den Jahren 2007 und 2008 belegen dabei einen eindeutigen Trend der Zunahme von Amerikakritik und teils offen amerikafeindlicher Haltungen (siehe dazu unten). Sowohl die graduelle Intensivierung westeuropäischer Kritik an den Vereinigten Staaten als auch die Aufhebung der Unterscheidung zwischen Regierungskritik und positiver Sicht auf die US-amerikanische Gesellschaft ist dabei insofern erklärungsbedürftig, als sowohl der weltpolitische Kurs der Vereinigten Staaten in der zweiten Amtszeit wesentlich moderater ausfiel als auch auf politischer Ebene die Animositäten abnahmen (markant im deutsch-amerikanischen wie im französisch-amerikanischen Verhältnis jeweils nach dem Regierungswechsel). Im Gegensatz dazu hatten sich die Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster gerade in westeuropäischen Gesellschaften im Verlauf der ersten Dekaden des 21. Jahrhunderts fortschreitend amerikakritisch entwickelt. Auch im britischen Kontext (und damit in der Gesellschaft eines US-Verbündeten aus dem Kreis des sog. »Neuen Europa«) galt ausgangs der zweiten Amtszeit der Regierung Bush: »[...] knowing that the Bush administration favours a particular policy may be sufficient for a [considerable segment of the population] to reject it.«¹⁶

Ebenso erweist sich bei näherem Hinsehen die ursprüngliche, rigide Ablehnung des Irak-Krieges in den betreffenden westeuropäischen Gesellschaften als erklärungsbedürftig. So gelangen Asmus et al. wiederum zu der überzeugenden Einschätzung, dass in den betreffenden Gesellschaften die

13 Ebd.: 74.

14 Vgl. Ramsay 2005: 25.

15 Vgl. ebd.: 26. Ramsay zitiert eine Umfrage der BBC, der zufolge zwischen 48 und 65 Prozent der Befragten (in Frankreich, Deutschland, aber auch Großbritannien!) nach der Wiederwahl Bushs eine deutlich negativere Wahrnehmung der USA generell erwarteten bzw. besaßen.

16 Johns 2009: 577.

generelle Unterstützungsbereitschaft für militärische Invasionen geringer gewesen sei und somit auch »[...] the] pool of support for military action in Iraq«. ¹⁷ Die Gesellschaften der Vereinigten Staaten wie Großbritanniens verfügten demzufolge über ein vglw. starkes Segment »pragmatischer« Befürworter militärischer Instrumente für den Fall, dass deren Einsatz notwendig erscheine, während sich etwa in der Bundesrepublik solcherart »Pragmatiker« und tendenzielle Kriegsbefürworter (*hawks*) einerseits sowie pazifistisch gesinnte Bevölkerungssegmente andererseits ausbalancierten. Daraus lässt sich allerdings keinesfalls ein prinzipieller Pazifismus etwa der deutschen oder französischen Bevölkerung ableiten, wie etwa die gerade im deutschen Fall beobachtbare schrittweise Ausdehnung (auch der zurückhaltenden wie offenen Akzeptanz) der deutschen Beteiligung an Militäreinsätzen im internationalen Kontext im Laufe der 1990er verdeutlicht. ¹⁸ Für den französischen Fall dürfte sich ein solcher Schluss angesichts des nach wie vor starken (und gesellschaftlich akzeptierten) militärischen Engagements etwa in einigen ehemaligen Kolonien ohnehin verbieten.

Vielmehr ist damit angezeigt, dass eine tendenzielle Kriegsskepsis in einigen westeuropäischen Bevölkerungen sowohl von mangelnder Überzeugungskraft der »Kriegsbefürworter« als auch von einer Ablehnung *dieses spezifischen* Militäreinsatzes als eines unilateral seitens der Vereinigten Staaten durchgesetzten Vorhabens flankiert wurde. Nicht zuletzt der markante Gegensatz in Form der NATO-Luftschläge im Kosovo, gegen die signifikante Minderheiten in den entsprechenden Bevölkerungen votierten, aber keine Mehrheiten wie im Vorfeld des Irak-Krieges, verdeutlicht dies. Die extrem niedrigen Unterstützungsraten für den Krieg – 15 Prozent in Deutschland, 13 Prozent in Frankreich ¹⁹ – fielen dementsprechend auch deswegen so gering aus, weil diese Ablehnung eine Kritik am Vorgehen der Vereinigten Staaten implizierte ebenso wie eine im zeitlichen Verlauf anwachsende generelle Amerikakritik. Die Entstehung und Intensivierung dieser Kritik ebenso wie deren konkrete Konturen sind dabei ihrerseits maßgeblich auch an die zugrunde liegenden, massenmedial vermittelten Realitätskonstruktionen gebunden gewesen.

Massenmedien kann in diesem Zusammenhang nicht nur *plausibel unterstellt* werden, gerade im Hinblick auf außen- und weltpolitische Zusammenhänge als ein primärer Kanal der Umweltwahrnehmung zu fungieren. Jüngere Studien haben zudem nachgewiesen, dass eine solche Umweltwahrnehmung politischer Sachverhalte zwar durch exponierte Akteure (Meinungsführer in politischen Parteien, »Parteilinien« etc.) kanalisiert wird; diese exponierten Akteure wiederum sind allerdings für ihre Artikulation gegenüber der breiten Öffentlichkeit ebenso auf Massenmedien angewiesen. Obendrein lässt sich beobachten, dass gesellschaftliche Prozesse der

17 Asmus et al. 2004: 82.

18 Vgl. Baumann/Hellmann 2001.

19 Vgl. Asmus et al. 2004: 82.

Meinungsbildung über außenpolitische Zusammenhänge in der Tat nicht unmaßgeblich auch durch eine »Delegation« der Informationssammlung und der Bewertungsfindung an Massenmedien vorstattengehen.²⁰ Willnat et al. haben in ihrer internationalen Vergleichsstudie zum Zusammenhang von Mediennutzung und politischen Haltungen im Vorfeld des Einmarschs US-amerikanischer Truppen im Irak zudem belegt, dass diejenigen westeuropäischen Mediennutzer, die sich in den Medien in ihren jeweiligen Ländern über die Kriegsvorbereitungen informierten, eine überwiegend ablehnende Haltung zu diesem Krieg besaßen.²¹ Dies ist insofern ein nichttrivialer Befund, weil die beiden untersuchten westeuropäischen Kontexte mit Spanien und Großbritannien Länder darstellten, deren damalige Regierungen als Verbündete der Vereinigten Staaten den Krieg offiziell bzw. regierungsseitig unterstützten. Zwar fiel mit einer Ablehnungsrate von 80 Prozent die Kritik in Spanien wesentlich deutlicher als in Großbritannien (54 Prozent) aus,²² dennoch ergibt sich mit Blick auf die massenmediale Berichterstattung daraus der interessante Befund, dass Medien in westeuropäischen Gesellschaften, deren Regierungen zum Krieg rüsteten, offensichtlich gerade *nicht* umfassend als Legitimationsstifter einer Politik fungierten, die sowohl von der US-Regierung als auch Mehrheiten der US-Gesellschaft getragen wurde.²³

Damit lässt sich als Kern der »transatlantischen Medienkluft« wie beschrieben ein deutliches Auseinanderdriften der Medienberichterstattung dies- und jenseits des Atlantiks beschreiben, und zwar v.a. hinsichtlich der Berichterstattung übereinander, über die jeweiligen außen- und weltpolitischen Entwürfe, konkrete Strategien und Handlungen sowie deren Einschätzung hinsichtlich Legitimität und Effektivität. Im Fall der Vereinigten Staaten tritt dies zu den bereits in Kap. 8.3 geschilderten Legitimierungsanstrengungen der US-Regierung gegenüber der US-amerikanischen Gesellschaft hinzu (auf die an dieser Stelle nicht noch einmal gesondert eingegangen wird). Hinsichtlich westeuropäischer Gesellschaften bildeten Berichterstattung über und Einschätzungen der Politik der Regierung Bush demgegenüber den zentralen Fokus massenmedialer Realitätskonstruktion des Irak-Kriegs.

Dabei lässt sich eine »Kluft« weniger ausmachen hinsichtlich der Zusammenstellung der Themen als vielmehr in unterschiedlichen Darstellungs- und Bewertungsmustern der US-Außenpolitik und der weltpolitischen Rolle der EU, der Notwendigkeit und Legitimität des Irak-Krieges, des politischen Prozesses im Vorfeld des Irak-Krieges sowie dessen regionaler Einbettung

20 Vgl. etwa: Johns 2009.

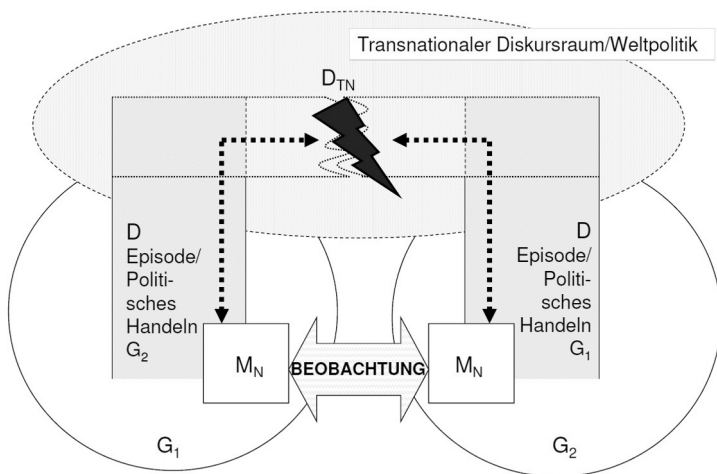
21 Vgl. Willnat et al. 2006.

22 Ebd.: 539.

23 Dies umso mehr, als Willnat et al. (2006: 542) auch herausfanden, dass zunehmender Medienkonsum (Fernsehberichterstattung) zu einer Zunahme positiver Haltungen gegenüber dem Irak (!) führte.

(insbesondere hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konflikts). Unterschiedliche Realitätskonstruktionen resultieren aus den im Folgenden aufgezeigten Berichtsmustern, die in ihrer Gesamtheit unterschiedlich gut (bzw. tiefenscharf) erforscht sind; wo vergleichende Studien zu divergierenden Realitätsdeutungen vorliegen, habe ich diese den Ausführungen zugrunde gelegt.

Abbildung 11: Die transatlantische Medienkluft als Auseinanderdriften der Berichterstattung über den jeweils Anderen



[im Vorfeld des Irak-Krieges und danach; wobei G_1 für die US-Gesellschaft, G_2 entweder (schematisch vergrößernd) für die Gesamtheit der westeuropäischen Gesellschaften oder eine spezifische (etwa die deutsche) steht]

Am deutlichsten tritt die Divergenz der Berichterstattung nach Maßgabe vorliegender Studien im Hinblick auf den Irak-Krieg sowie insbesondere die Aspekte seiner etwaigen Notwendigkeit und seiner Legitimität zu Tage. Lehmann hat so aufgezeigt, dass im Kontrast zu einer frühzeitigen Orientierung der US-Medien an den regierungsseitig produzierten Aufmerksamkeitsmustern in der deutschen Berichterstattung der Irak im September 2002 allenfalls als Thema innenpolitischer Mobilisierungsstrategien im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielte.²⁴ Während die US-Medien also konstant und maßgeblich entlang der Deutungsvorgaben der US-Regierung über den Irak als nationale wie internationale Sicherheitsgefährdung (Massenvernich-

24 Lehmann 2005a: 69.

tungswaffen [MVW], Verbindung zu Al-Kaida) berichtete, ebte in den deutschen Medien die Aufmerksamkeit zunächst stärker ab. Nach der Wiederaufnahme der Waffeninspektionen im Irak und dem Hinweis des Leiters dieser Inspektionen Blix zu Beginn des Jahres 2003, man habe keine »smoking gun« (also keine überzeugenden Beweise für die Existenz eines Nuklearwaffenprogramms) gefunden, wandelte sich diese Divergenz in der Aufmerksamkeit in zwei unterscheidbare Realitätsdeutungen. So wurde in den deutschen Medien der Hinweis Blix' mehrheitlich als Indiz einer nicht vorhandenen Notwendigkeit für eine militärische Intervention gedeutet, während US-Medien tendenziell wesentlich stärker auf die irakkritischen Aspekte des nachfolgenden Blix-Berichtes abhoben. Diese betrachteten sie mehrheitlich als Indikator für eine unzureichende Kooperation des Irak und damit einer potenziellen Verschleierungstaktik, welche die Dringlichkeit eines Militärschlages gegen einen »auf Zeit spielenden Gegner« gerade verdeutlichte.²⁵ Diese diametral entgegenlaufenden Interpretationsmuster verfestigten sich in der politischen Berichterstattung im Januar dergestalt, dass in deutschen wie westeuropäischen Medien milde optimistisch angemerkt wurde, dass das Inspektionsregime wirke, während in den US-Medien die mangelnde Offenlegungsbereitschaft des Irak eher als Zeichen der Schwäche der Inspektionen gedeutet wurde.²⁶

Dabei lässt sich feststellen, dass gerade hinsichtlich des politischen Prozesses (Waffeninspektionen, Debatten im UN-Sicherheitsrat) unterschiedliche und über Zeit stärker auseinanderdriftende Berichtsmuster in den USA und Westeuropa entstanden. So wurde in deutschen Fernseh- und Zeitungsberichten, gerade auch in Zeitungen, die den Kurs der Regierung Schröder (insbesondere das unkonditionale »Nein« zur deutschen Beteiligung am Irak-Krieg) kritisch begleiteten, die Gültigkeit des Prozesses im Rahmen der Vereinten Nationen und damit die Legitimität der Waffeninspektionen kaum in Frage gestellt.²⁷ Daneben findet sich durchaus auch Kritik an einzelnen Personen (Blix) und der taktischen Nutzung der Vereinten Nationen (VN) seitens einzelner Akteure, die Sinnhaftigkeit des Inspektionsprozesses an sich bildete aber keinen Anlass zur Debatte. In den US-Medien wurden die Vereinten Nationen dagegen selbst von der gemeinhin als liberal eingestuftes *New York Times* mehrfach als »ineffizientes Gremium« beschrieben.²⁸ Dies erfolgte im Kontext einer zunehmend skeptisch bis ablehnenden Positionierung vieler US-Medien gegenüber den Vereinten Nationen, die im Vorfeld des Irak-Krieges mehr und mehr als eine Institution charakterisiert wurden, die sich instrumentalisieren ließe und selbst ein »Problem« bzw. eine Hürde im globalen Kampf gegen den Terror darstelle. Im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld zur Militärintervention sind die VN dabei nach Maßgabe

25 Ebd.: 77.

26 Ebd.: 78.

27 Vgl. Lehmann 2005b: 359; Lehmann 2005a: 83.

28 Vgl. Lehmann 2005b: 359.

der Berichterstattung US-amerikanischer Leitmedien auch kaum noch als ein bedeutender Akteur geschildert worden; wo sie allerdings in der Berichterstattung auftauchten, wurde ihre Rolle tendenziell negativ bewertet.²⁹

Dass sich aus der medialen Darstellung des Vorlaufs zum Irak-Krieg wesentlich unterscheidbare Zugänge zur Bedeutung völkerrechtlicher Aspekte wie der normativen Gebundenheit der Interventionsentscheidung ableiten lassen³⁰, wurde nicht zuletzt auch mit Blick auf die Rede des damaligen US-amerikanischen Außenministers Powell vor dem Sicherheitsrat deutlich. Während US-Medien mehrheitlich der Deutung anhingen, dieser habe erfolgreich eine militärische Intervention legitimiert, weil er unwiderlegbare Beweise (*irrefutable evidence*) präsentiert habe³¹, fand die Präsentation in westeuropäischen Medien ein nuancenreicheres, in der hauptsächlich Stoßrichtung aber doch gegenteiliges Echo. So beantworteten deutsche Zeitungen (u.a. die FAZ) die Glaubwürdigkeitsfrage hinsichtlich der Beweise zunächst positiv, ohne aber daraus die Nutzlosigkeit der Waffeninspektionen abzuleiten. Die deutsche Fernsehberichterstattung etwa forderte demgegenüber, die Glaubwürdigkeit der Beweise sich weitere Inspektionen zu untermauern, während in anderen westeuropäischen Staaten (Schweden, Dänemark, Österreich, teils auch Großbritannien) Powells Rede als ein »Flop« gedeutet wurde.³²

Dieses Auseinanderklaffen der Berichterstattung hielt auch in den kommenden Jahren mit Blick auf die je unterschiedlichen Rahmungen der Berichterstattungen und resultierende Deutungsmuster an. So hat Boaz in einer vergleichenden Analyse von Nachrichtenmagazinen im transatlantischen Kontext herausgearbeitet, dass die Rechtfertigungs- bzw. Begründungsmuster für die Notwendigkeit des Irak-Krieges sich grundlegend unterschieden hätten.³³ Während US-amerikanische Magazine in knapp 60 Prozent des untersuchten Materials auf eine »unmittelbare Bedrohung« durch irakische Massenvernichtungswaffen und die Notwendigkeit einer Beseitigung des autoritären Regimes hinwiesen, wurden diese Argumente im westeuropäischen Kontext wesentlich seltener (zwischen 22 und 50 Prozent) gebraucht. Dafür erfreute sich die Begründung des Irak-Krieges auf Basis eines »US-amerikanischen Imperialismus« größerer Popularität, stellte im analysierten deutschen Medium³⁴ sogar die mehrheitlich ausgemachte Begründungsformel.

29 Vgl. Melkote 2009: 554.

30 Vgl. allgemein: Johnston 2004.

31 Vgl. Lehmann 2005b: 361f.

32 Vgl. ebd.: 362.

33 Vgl., auch für die nachfolgenden Zahlen: Boaz 2005: 354.

34 Wiewohl angemerkt werden muss, dass die Auswahl des Mediums (die Zeitschrift »Stern« im deutschen Fall) hier als ursächlich für diese pointierte Ausdeutung angesehen werden kann. Der Tendenz nach, dass überhaupt eine solche Begründung in namhaften Medien artikuliert wurde, entsprach dies allerdings der

In ihrer Analyse der massenmedialen Berichterstattung über die ersten vier Wochen des Krieges gelangen Kolmer und Semetko schließlich ebenfalls zu dem Befund, dass unterschiedliche Realitätskonstruktionen dies- und jenseits des Atlantiks vorherrschten.³⁵ Während sich etwa die berichteten negativen Aspekte/Bewertungen der Koalition in den US-amerikanischen und den westeuropäischen Medien geähnelt hätten (Anteil an der Gesamtberichterstattung jeweils um 15 Prozent), habe sich die US-Berichterstattung gegenüber der westeuropäischen gerade zu Beginn des Krieges in einer deutlich umfangreicheren positiven Berichterstattung über die Koalitionstruppen niedergeschlagen.³⁶ Ebenso wies die Berichterstattung der untersuchten US-Medien doppelt so häufig explizit irakkritische Züge auf wie die westeuropäischen Medien.³⁷ Auf die unterschiedlichen Bewertungen und Berichtsperspektiven des Falls der Statue Saddam Husseins in Bagdad im April 2003 in US-amerikanischen und westeuropäischen Medien – als Symbol der Befreiung und der Dankbarkeit gegenüber den Koalitionstruppen bzw. inszeniertes Ereignis mit wenig lokaler Attraktivität – ist bereits hingewiesen worden (vgl. Kap. 8.3). Es ist in diesem Zusammenhang ebenso notwendig zu betonen, dass die tendenziell skeptische und negative Ausdeutung dieses Ereignisses in westeuropäischen Medien auch kaum gemäß unterscheidbarer politischer Ausrichtung im Heimatmarkt variierte. Fahmy und Kim vermerken dazu mit Blick auf die französische Berichterstattung:

»Right-wing newspapers, such as *Le Figaro* of France, did not differ in the portrayal of the toppling of the statue from its French left-wing counterpart, *Le Monde*. Both newspapers portrayed the event negatively.«³⁸

Nicht allein die Legitimität des Krieges an sich, auch die Legitimität der Methoden der Kriegsführung maßgeblich seitens des US-amerikanischen Militärs hat sich dabei in der Folgezeit als Kristallisationspunkt differierender Realitätsdeutungen in den transatlantischen Medien erwiesen. So hat Jones in seiner Studie zur internationalen Berichterstattung über die Geschehnisse im US-Militärgefängnis Abu-Ghraib (vgl. Kap. 8.3) ermittelt, dass sich in der schematischen Gegenüberstellung der Berichterstattung US-

geschilderten Kluft zwischen den jeweiligen Berichtsmustern. Vgl. auch: Johnston 2004: 4.

35 Vgl. Kolmer/Semetko 2009.

36 Ebd.: 364. Dies ist aufschlussreich gerade hinsichtlich des britischen Falls. Die Berichterstattung britischer Medien war demgegenüber durch größere Schwankungen ausgezeichnet: tendenziell negativer die Koalitionstruppen betreffend zu Beginn, zwischenzeitlich wesentlich positiver (als US-Medien), schließlich: wieder zu den Ausgangswerten zurückkehrend, vgl. ebd.

37 Ebd.

38 Fahmy/Kim 2008: 447.

amerikanischer Mainstream-Medien und der internationalen Presseberichterstattung ein markanter Unterschied hinsichtlich der Rahmung des Missbrauchs irakischer Gefangener ergäbe.³⁹ So haben US-Medien (mit Ausnahme des *New Yorker*, dessen Reporter Seymour Hersh den Skandal ausführlich und begründet als *Folterskandal* im US-Kontext beschrieb) die Bezeichnung »Folter« nur sehr zurückhaltend eingesetzt und damit eine Systematizität, gar intendierte Strategie kaum unterstellt.⁴⁰ Demgegenüber findet sich der Begriff »Folter« wesentlich häufiger gerade in der europäischen Berichterstattung, wenn auch nicht durchweg als dominierende Bezeichnung in Berichtsüberschriften (*first label*). In Italien, Spanien und Deutschland taucht der Begriff allerdings wesentlich häufiger auf als etwa der des »Missbrauchs«. Jones stellt dabei fest: »[The] German press was nearly 15 times more likely than the American press to include ›torture‹ as a prominent first label.«⁴¹ In dessen beschriebener Konnotation als systematisch herbeigeführter, geduldeter wie strategisch eingesetzter Missbrauch steht der Begriff »Folter« dabei nachweislich für einen Entzug von Legitimität. Seine Prominenz in der westeuropäischen Mediendebatte signalisiert dabei nicht nur ein von den US-Medien unterscheidbares Berichtsmuster, sondern auch fundamentale Kritik am Vorgehen der Vereinigten Staaten bzw. des US-Militärs.

Eingebettet ist das beschriebene Auseinanderklaffen der Medienberichterstattungen über den Irak-Krieg im transatlantischen Kontext dabei in eine Vielzahl anderer divergierender medialer Wirklichkeitskonstruktionen auf beiden Seiten. Diese sind bisher weniger systematisch untersucht, als vielmehr zu illustrierenden Zwecken gebraucht worden. Nichtsdestoweniger bilden auch sie mit hoher Wahrscheinlichkeit wichtige Facetten des transatlantischen – massenmedial vermittelten und verstärkten, gesellschaftlichen – Dissenses ab. So ist auf europäischer Seite die damalige US-Regierung nicht erst zu Zeiten des Irak-Krieges kritisch und skeptisch beäugt worden, gerade die öffentlich inszenierte Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofes und des Kyoto-Protokolls hat in der europäischen Öffentlichkeit in Teilen für Unbehagen gesorgt.⁴² Die Plausibilität, westeuropäische Gesellschaften hätten die zunehmende Tendenz zu unilateralem Handeln der US-Regierung dabei als eine »Ausdrucksform neuen Nationalismus« und somit als nicht anschlussfähig an etwaige eigene übernationale Politikvorstellungen (vor dem Hintergrund der EU) abgelehnt⁴³, gestaltet sich dabei eher als Forschungsfrage denn als nachgewiesener Zusammenhang. Augenfällig ist allerdings in diesem Zusammenhang das Umschwenken der massenmedialen Berichterstattung im westeuropäischen Kontext vom »Nous sommes tous

39 Vgl. Jones 2006.

40 Vgl. ebd.: 15f.

41 Ebd.: 20.

42 Vgl. Fabbrini 2006: 7, 21; Kroes 2006: 99.

43 Vgl. Johnston 2004; Fabbrini 2006.

Américains« (*Le Monde*) im Nachgang zu den Terroranschlägen des 11. September 2001 hin zur Beschreibung der US-Außenpolitik als »arrogant, kriegstreiberisch, taub gegenüber aller Kritik und in einen gefährlichen Messianismus führend« (wiederum *Le Monde*) nur ein Jahr später.⁴⁴

Ihren Widerpart fand diese (auch massenmedial vorgetragene) westeuropäische Kritik am Unilateralismus der Vereinigten Staaten dabei in der zunehmenden Beschäftigung mit der Thematik eines Ausbalancierens dieses Dominanzstrebens durch die Europäische Union (im Bündnis oder außerhalb). Seib etwa weist darauf hin, dass diese Thematisierung der »europäischen Rolle« zunehmend auch in der westeuropäischen Presse von Belang war.⁴⁵ Ates et al. haben dahingehend herausgearbeitet, dass die deutsche Presseberichterstattung im Nachgang zum »Nein« der deutschen Regierung zu einer Beteiligung am Irak-Krieg wesentlich stärker auf Fragen der Zukunftschancen des transatlantischen Bündnisses allgemein und der Rolle der EU in diesem Zusammenhang gerichtet war.⁴⁶ Unterstellt man, wie oben geschildert mit einiger Plausibilität, dass Tendenzen in der Öffentlichen Meinung gerade hinsichtlich außenpolitischer Themen immer auch maßgeblich Indikatoren vorangegangener Medienberichterstattung sind, so lassen Umfragedaten aus den Jahren 2002 bis 2005 zudem den Schluss zu, dass sich westeuropäische Gesellschaften in zunehmendem Maße eine stärkere Rolle der EU im weltpolitischen Kontext wünschten, die allerdings explizit nicht auf militärischem Gebiet die Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten suchen sollte.⁴⁷

Demgegenüber lässt sich für die US-amerikanische Medienberichterstattung ausmachen, dass »Europa« als politischer Akteur, die EU und deren Institutionen kaum von Berichtswert sind, weder als potenzieller Gegenspieler noch als politisches Phänomen. Williams und Kaid haben etwa anhand der US-Medienberichterstattung über die Osterweiterung der Europäischen Union 2004 (und die Wahlen zum Europäischen Parlament) aufgezeigt, dass diese Berichterstattung, so sie denn überhaupt stattfand, oberflächlich und widersprüchlich blieb und tendenziell stärker negativen Charakter hinsichtlich der Institution »EU« besaß.⁴⁸ Wiederum Lambert bemerkt hierzu, dass die Einschätzungen Europas (wie der EU) in der amerikanischen Gesellschaft ohnehin eher von »tiefem Misstrauen und Abneigung« am rechten

44 Vgl. Napoli 2004: 9. Vgl. auch für die Situation unmittelbar nach den Terroranschlägen: Morrison 2008: 92.

45 Vgl. Seib 2004: 120.

46 Vgl. Ates et al. 2005: 167.

47 Vgl. Bobrow 2008: 242ff. Bobrow (ebd.: 245) fasst demgemäß zusammen, dass immer größere Teile der befragten Bevölkerungen: »[...] called for the EU to become a superpower and strong leader in international affairs but not the large-scale military power required to play a full ›balancer‹ role vis-à-vis the United States«. Vgl. auch: Fabbrini 2006: 23.

48 Vgl. Williams/Kaid 2009.

Rand bis hin zu allenfalls »Irritation und Amüsement« bei eher moderaten Politikinteressierten reiche. Geringes Interesse an den Institutionen werde dabei durch die Berichterstattung über eine »barocke Ansammlung von Regulationen und Formalismus« (*Washington Post*) nicht unbedingt ausbalanciert.⁴⁹

Eine weitere Dimension gegenläufiger Berichterstattung, auf die zwar von denen, die eine transatlantische Medienkluft schildern, in der Regel verwiesen wird, die selbst aber noch nicht umfassend wissenschaftlich untersucht wurde, bezieht sich auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. So merkt wiederum Lambert an, dass der stärkeren Verbundenheit der US-amerikanischen Gesellschaft mit Israel im europäischen Kontext (der dortigen Gesellschaften wie medialer Berichterstattung) durch prononciertere Israelkritik begegnet werde, die an den Rändern des politischen Spektrums in offenen Antisemitismus ausschlage.⁵⁰ Kroes weist darauf hin, dass in der westeuropäischen Berichterstattung häufiger israelkritische Stimmen *aus* der israelischen Gesellschaft (wie dem »halboffiziellen« politischen Milieu) Gelegenheit zur Artikulation bekämen.⁵¹ So sei 2004 mit dem ehemaligen israelischen Justizminister Lapid in französischen, britischen, italienischen und deutschen Medien ein dezidiert (israelischer) Kritiker der israelischen Politik im Gazastreifen zu Wort gekommen, während US-Medien mehrheitlich der Deutung anhängen, dass »[...] everything Israel does to the Palestinians is done in legitimate self-defence against acts of terrorism«. ⁵² Damit erweist sich einerseits die politische Berichterstattung im transatlantischen Kontext hinsichtlich des Nahen und Mittleren Ostens als unterscheidbar aufgrund unterschiedlicher medialer Realitätskonstruktionen vor je spezifischen kulturellen Kontexten (Antisemitismus wie reflexartige Abgrenzung vom Antisemitismus-Vorwurf in Europa, eine »solidarische Siedlermentalität« in US-Medien⁵³). In der Folge verstärken solcherart unterschiedliche, gegenläufige Realitätsdeutungen, die in die Berichtsperspektive über den jeweils Anderen einfließen, augenscheinlich wechselseitige Wahrnehmungsmuster. Wenn auch überraschend wenige empirische Studien zu tatsächlich verschiedenartigen Zuschnitten der Berichterstattung über den Nahostkonflikt und dessen Protagonisten *im transatlantischen Kontext* existieren⁵⁴, so weisen die vorliegenden Arbeiten doch auf eine mehrheitlich tendenziell gegensätzliche medial vermittelte Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts in den USA und Westeuropa hin.

49 Vgl. Lambert 2003: 62.

50 Vgl. ebd.: 63, 69.

51 Vgl. Kroes 2006: 100f.

52 Ebd.: 100.

53 Vgl. dazu u.a.: Mead 2008.

54 Im Gegensatz zu Studien über die lokalen bzw. regionalen, unterschiedlichen wechselseitigen Wahrnehmungen der Konfliktparteien, vgl. dafür u.a.: Liebes/Kampf 2009.

Dunskey hat die selektive Präsentation des Konfliktgeschehens in den US-Medien kritisiert, der zufolge die Vereinigten Staaten als (indirekte) Konfliktpartei kaum thematisiert werden; Beller wiederum argumentiert, die vermeintliche Voreingenommenheit der westeuropäischen Medien gegenüber Israel stelle vielmehr eine ausgewogenere Form der Konfliktberichterstattung dar; Goldfarb schließlich verortet Berichtsunterschiede in den jeweiligen lokalen Blickwinkeln der Berichterstattung (*all journalism is local*) und begründet die vglw. israelfreundliche Sicht der US-Medien mit dem oben angedeuteten kulturell ähnlichen Kontext.⁵⁵ Auch wenn auf dieser Basis nur schwerlich eine eindeutige Einschätzung zu treffen ist, so dürfte insbesondere die tendenziell stärker israelkritisch ausgerichtete westeuropäische Berichterstattung – wobei die Kritik mitunter spezifische Formen annimmt⁵⁶ – einen markanten Berichtsunterschied zu US-amerikanischen Medien ausmachen, der im Umkehrschluss in einem seitens US-amerikanischer politischer und publizistischer Kommentatoren zunehmend unterstellten europäischen Antisemitismus resultiert.

Neben der Ebene divergierender Deutung US-amerikanischer Politiken wie weltpolitischer Konfliktlagen zeichnete sich die transatlantische Medienkluft zudem durch eine weitere Besonderheit aus, die die Wahrnehmung einer Kluft noch verstärkte. So ist bereits dargestellt worden (Kap. 8.3), dass die Varianz und Quellenvielfalt, die der Berichterstattung zugrunde lagen, in den US-Medien und den westeuropäischen Medien unterschiedlich waren. Lehmann etwa stellte im Vergleich der deutschen und US-amerikanischen Fernsehberichterstattung im Vorfeld des Irak-Krieges ein wesentlich stärkeres Bemühen um Einbeziehung unterschiedlicher Quellen und Standpunkte in den deutschen Medien fest. Dort kamen auch irakische Akteure sowie der damalige UN-Chefaffeninspektor Blix zu Wort, während etwa im amerikanischen Fernsehkanal NBC nahezu ausschließlich ehemalige Waffeninspektoren, die den Krieg befürworteten, interviewt wurden.⁵⁷ Ates et al. konnten für den Verlauf der ersten Kriegswochen zudem zeigen, dass sich selbst die deutsche Boulevardberichterstattung zunehmend auf eine breitere

55 Vgl. Dunskey 2001; Goldfarb 2001; Beller 2007. Vgl. dazu unlängst: Ismail 2008 (für eine Untersuchung der einseitigen Konfliktdarstellung in US-Medien, der zufolge das Opfer-Täter-Schema eindeutig zu Ungunsten palästinensischer Akteure ausfällt).

56 So verweisen Barkho (2008) und Richardson/Barkho (2009) darauf, dass die Berichtsstrategie der BBC sich dadurch auszeichne, keinen offenen Konflikt mit Israel zu provozieren.

57 Lehmann 2005b: 359. Vgl. auch Boaz (2005) für einen Vergleich der Berichtshäufigkeit von NGO-Quellen im deutschen, britischen und US-amerikanischen Kontext, wobei NGOs generell unterrepräsentiert waren, in den untersuchten US-amerikanischen Medien aber praktisch nicht existent.

Basis an Experten und Quellen stützte.⁵⁸ Dies wiederum schlug – nach einem anfänglichen Kriegsoptimismus der Bild-Zeitung und einer Phase der ausgewogenen Darstellung – schließlich in die Fokussierung auf eine eher kriegskritische Berichtsperspektive um, wie bspw. der umfangreiche Abdruck US-kritischer Leserbriefe untermauert. Dies griff eine mehrheitliche Haltung der deutschen Bevölkerung auf, verstärkte diese aber unzweifelhaft auch, indem dieser Haltung eine solch breitenwirksame Plattform zur Artikulation geboten wurde.

Auf die unterschiedlichen Aufmerksamkeits- und Berichtsmuster der Berichterstattung über die mancherorts massiven Anti-Kriegs-Proteste in Europa (aber auch in den Vereinigten Staaten selbst) wurde ebenfalls bereits verwiesen (Kap. 8.3). Diese lagen auch Krugmans zunächst intuitiver Diagnose einer »transatlantischen Medienkluft« zugrunde, die er maßgeblich daran festmachte, dass Zuschauer des US-Kabelfernsehens einen »anderen Planeten« wahrnehmen müssten als das internationale Fernsehpublikum. Dahinter verbarg sich die Feststellung, dass die ohnehin spärliche US-Berichterstattung über die Anti-Kriegs-Demonstrationen diese Aktionen als das Tagewerk der »üblichen Protestierenden« (Fox News) abtat, deren Protest im Wesentlichen »den Irak freue« (CNN).⁵⁹ Die im transatlantischen Vergleich nur sporadische, selektive und eher negative Wahrnehmung des Anti-Kriegs-Protests in den US-Medien ist dabei mittlerweile durch vergleichende Studien belegt.⁶⁰ Boaz fasst deren Ergebnisse prägnant folgendermaßen zusammen: »U.S. press coverage in the days leading up to war portrayed protest as unpatriotic and the arguments against war as irrelevant, when it spoke of these phenomena at all«.⁶¹

Zusätzlich zur bereits geschilderten legitimatorischen Wirkung der Beschränkung der Quellen und der Nichtbeachtung bzw. der negativen Berichterstattung über die Kriegsgegner im US-Kontext tritt aber für den transatlantischen Zusammenhang eine weitere Dynamik hinzu. So lässt sich nachweisen, dass gerade die deutsche Berichterstattung über den Irak-Krieg und US-amerikanische Außenpolitik in diesem Kontext deutlich stärker auch sog. »Metaberichterstattung« beinhaltete.⁶² Die journalistische Reflexion über Möglichkeiten und Begrenzungen des eigenen Tuns, hier vor al-

58 Ates et al. 2005: 155. Für Leitmedien wie die FAZ setzen die Autoren der Studie ein solches »professorales Bemühen um gediegene Ausgewogenheit« voraus, vgl. ebd.: 156.

59 Vgl. Krugman 2003.

60 Dimitrova/Strömbäck 2005; Murray et al. 2008.

61 Boaz 2005: 349.

62 Vgl. Esser 2009: 721. Solche Metaberichterstattung hat der Studie zufolge gegenüber dem Irak-Krieg 1991 um 75 Prozent zugenommen und machte im Untersuchungszeitraum März 2009 ca. 16 Prozent der gesamten Berichterstattung zum Irak-Krieg/zur US-Strategie im Irak-Krieg aus. Vgl. auch die Überlegungen in: Alterman 2003b; Nehls 2003.

lem die Auseinandersetzung mit der selektiven und als einseitig wahrgenommenen Berichterstattung der US-Medien⁶³, dürfte vor dem Hintergrund der bereits existierenden Kluft in Berichts- und Wahrnehmungsmustern diese noch verstärkt haben. Wenigstens hat sie die Skepsis gegenüber den Vereinigten Staaten und ihren Institutionen in der deutschen Gesellschaft nicht gemindert. Nicht nur ein wiederum divergierendes Berichtsmuster – hier: über Formen, Zensur und Wirkungen der Berichterstattung vor allem im US-Kontext⁶⁴ –, sondern gerade die Implikationen einer solchen kritischen Berichterstattung erweisen sich aus dieser Sicht als wichtige Impulsgeber für ein weiteres Auseinanderdriften. Wahrnehmungsmuster der US-Regierung als »Medienstrategen«, der US-amerikanischen Medien als »wilige Werkzeuge« und folglich einer »manipulierten« Gesellschaft verfestigten sich auf diese Weise.

Weitere Aspekte der politischen Berichterstattung, die in der publizistisch wie wissenschaftlich ausgefochtenen Debatte um ein transatlantisches Auseinanderdriften eine herausragende Rolle spielten, deren Stellenwert *in der jeweiligen massenmedialen Berichterstattung* aber bisher noch nicht systematisch aufgezeigt wurde, wären etwa:

- die stärker als solche wahrgenommene Rolle religiöser Bezüge in der US-Außenpolitik (gegenüber einem sich als säkular verstehenden politischen Europa);⁶⁵
- spezifische Charakteristika der Amtsführung des US-Präsidenten Bush (die »neokonservative Bewegung«, die Querverbindungen des einflussreichen Vizepräsidenten Cheney zu verschiedenen Industrieunternehmen);⁶⁶
- auf einer allgemeineren Ebene auch die Angemessenheit militärischer Machtpolitik mit Blick auf zeitgenössische Sicherheitsgefährdungen.⁶⁷

All diese Themen sind dabei unzweifelhaft dies- und jenseits des Atlantiks berichtet worden; aber sie wurden – im Kontext der geschilderten divergierenden Wahrnehmungen des Irak-Krieges – auf unterschiedliche Art und Weise berichtet bzw. auf die wechselseitig sich voneinander abgrenzenden Deutungsfolien bezogen.

In Bezug auf die hier geschilderten, divergierenden Realitätskonstruktionen in US-amerikanischen und westeuropäischen Massenmedien gilt zudem: Es gliche einer unbotmäßigen Vergrößerung, von faktisch homogener

63 Esser 2009: 718, 722.

64 Kolmer/Semetko (2009: 646) sprechen die deutsche Debatte über »embedded journalism« an, während die Praxis des Einbettens in den großen US-Medien als *Debattengegenstand* praktisch inexistent war.

65 Vgl. u.a.: Szabo 2004; Victor 2005; Fischer/Jäger 2006.

66 Vgl. u.a.: Bromwich 2008.

67 Vgl. u.a.: Johnston 2004; Seib 2004: 117.

Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Mediensysteme bzw. medialer Handlungsräume auszugehen.⁶⁸ Das *Wall Street Journal* ist nicht die *New York Times*, und die (politische) Ausrichtung der Berichterstattung von *Fox News* gleicht schwerlich der Berichtsperspektive von CNN; ebenso unterscheidet sich die Realitätsdeutung des *Guardian* von der der (*London Times*, *Tagesschau* und *Bild*-Zeitung verfolgen unterschiedliche Strategien etc.⁶⁹ Dennoch, und dies begründet die Haltbarkeit der These einer »transatlantischen Medienkluft«, lässt sich anhand der analysierten Medienberichterstattung aufzeigen, dass zwischen der US-amerikanischen und der westeuropäischen Darstellung der weltpolitischen Problemlage Unterschiede bestehen, die in der Tendenz *größer* sind als die Varianz der Berichterstattung innerhalb des US-Kontextes bzw. unter den westeuropäischen Berichtsperspektiven.

Bei aller internen Heterogenität ergibt sich somit ein augenfälliger Unterschied zwischen einer »US-amerikanischen Mediensicht« und einer »(west-)europäischen Mediensicht«. Diese Sichten reflektierten teils die offiziellen Positionen der jeweiligen Regierungen (markant im US-amerikanischen Fall, tendenziell auch im deutschen Fall).⁷⁰ Die britische Medienberichterstattung weicht von diesem Muster allerdings wenigstens partiell ab insofern, als hier ein deutlich höherer Grad an interner Heterogenität zu beobachten war, der sich in der Auffächerung der gesamteuropäischen medialen Berichtsperspektive äußerte.⁷¹ Die britischen Medien folgten dabei der politischen Linie der Regierung Blair keineswegs uniform (wie an der kritischen Sicht des *Independent* abzulesen ist, ebenso im internationa-

68 Vgl. PIPA 2003. Mooney (2004) charakterisiert das Spektrum der Presseberichterstattung in den USA im Vorfeld des Krieges folgendermaßen: »They ranged from hawkish without a shade of doubt (*The Wall Street Journal* and, to a lesser extent, the *Chicago Tribune*), to prowar but conflicted (*The Washington Post* and *USA Today*), to antiwar without United Nations approval (*The New York Times* and the *Los Angeles Times*).« Da sich parallel dazu in den US-Medien die Deutung einer Zustimmung der Vereinten Nationen über den nachgewiesenen Bruch der SR-Resolution 1441 durch den Irak durchsetzte (vgl. dazu: Lehmann 2005a), ist das beschriebene Meinungsspektrum letztendlich innerhalb *eines* vglw. einheitlichen, kriegsbefürwortenden Deutungsrahmens zu verorten.

69 Überdies gilt, dass gerade mit fortschreitender Dauer des Irak-Krieges bzw. der Präsenz US-amerikanischer Truppen im Irak Teile der US-Gesellschaft sich anderen Berichtsquellen zuwandten, nicht zuletzt BBC World im transatlantischen Kontext, vgl. dazu u.a.: Seib 2004: 116. Dabei handelte es sich angesichts der ermittelten Zahlen aber allenfalls um interessierte Teilöffentlichkeiten. Siehe dazu u.a.: Bicket/Wall 2009: 366.

70 Vgl. u.a.: Johnston 2004.

71 Dies gilt zudem für die Medienberichterstattung in mitteleuropäischen Ländern, vgl. etwa für den tschechischen Fall: Kolmer/Semetko 2009.

len Kontext an der »alternativen« Sicht von BBC World⁷²), lehnten sie aber auch nicht mehrheitlich ab. Lediglich der Kriegsbeginn schränkte temporär das Spektrum der heterogenen Bedeutungskonstruktionen britischer Medien ein.⁷³

Spanien markiert demgegenüber einen Fall, in dem sich die offizielle Linie der Regierung Aznar (als Kriegsverbündeter an der Seite der Vereinigten Staaten) nicht nur in dezidiertem Widerspruch zu Mehrheiten der Öffentlichen Meinung, sondern – nach Maßgabe der vorliegenden Studien⁷⁴ – auch zur Gesamttendenz der politischen Berichterstattung der heimischen Medien befand. Kaitatzi-Whitlock und Kehagia schließlich verdeutlichen anhand des griechischen Beispiels, dass interne Heterogenität der Medien entlang politischer Parteilinien mit Blick auf US-amerikanische Außen- und Weltpolitik sich im Binnenkontext eines europäischen Landes gerade nicht automatisch in divergierende Realitätskonstruktionen umsetzte.⁷⁵ In ihrer qualitativ angelegten Studie zur griechischen Berichterstattung über die Terroranschläge des 11. September 2001 gelangen sie so zu der Einschätzung, dass sich der Ton in den kommunistischen Zeitungen von dem ihrer eher konservativen Gegenspieler unterschieden habe; über das gesamte politische Spektrum hinweg ließ sich allerdings die generelle argumentative Stoßrichtung aufzeigen, eine Mitverantwortung für die Anschläge im außenpolitischen Auftreten der USA auf weltpolitischer Bühne selbst zu suchen.⁷⁶

Das aus solcherart unterschiedlichen Realitätskonstruktionen resultierende »Auseinanderdriften« wurde darüber hinaus durch eine zweite Dynamik überlagert und verstärkt. Die wechselseitige Beobachtung und kritische Bewertung des jeweils seitens »des Anderen« in dessen Massenmedien (und durch politische Akteure über Massenmedien) produzierten Spektrums konstruierter Bedeutungsgehalte wirkte in diesem Zusammenhang insgesamt eskalierend. Neben der oben geschilderten »medialen Versäulung« nationaler (im US-Fall) und übernationaler (im europäischen Fall) Diskursräume haben Massenmedien demgemäß einen zweiten Beitrag zum Entstehen bzw. der Verstärkung einer »transatlantischen Kluft« geleistet. Die Thematisierung der aufgezeigten Wahrnehmungs- und Berichtsunterschiede und divergierender Bewertungen wurde so wenigstens punktuell ergänzt um eine gezielte Stereotypisierung des Anderen. Dies geschah nicht zuletzt auch, um über die Bedienung latent vorhandener, negativer kultureller Stereotypisierungen Gewinne zu erwirtschaften.⁷⁷ Latent vorhandene Antiamerikanismen

72 Vgl. Bicket/Wall 2009.

73 Vgl. Murray et al. 2008; Kolmer/Semetko 2009.

74 Vgl. Willnat et al. 2006.

75 Kaitatzi-Whitlock/Kehagia 2004.

76 Vgl. ebd.: 140f.

77 Dies geht über die Annahme einer Kontextgebundenheit journalistischer Berichterstattung (vgl. u.a.: Lehmann 2005b: 357, 2005c) hinaus. Zum Gewinnmotiv u.a.: Newsweek 2002; Rai 2003; Lehmann 2005a: 85f.; Malzahn 2006.

zu bedienen, hat sich dabei wenigstens in Teilen westeuropäischer Publika als Gewinnstrategie erwiesen, ebenso wie die an antifranzösische Ressentiments anknüpfende und massenmedial stark berichtete Umbenennung der *French fries* in *Freedom fries*⁷⁸ in den Vereinigten Staaten. Die mediale Berichterstattung über diesen Akt demonstrativer Tilgung des Namens aus Protest über das Verhalten der französischen Regierung – inszeniert oder authentisch⁷⁹ – führte schließlich u.a. auch zur Verbannung des Attributs »French« von den Speisekarten gastronomischer Einrichtungen des US-Repräsentantenhauses. Auch wenn es sich um ein temporär aufflackerndes Phänomen handelte, knüpfte die mediale Aufarbeitung an ein Reservoir antifranzösischer (dort, wo auch deutsche Autos und belgische Waffeln betroffen waren: antieuropäischer) Vorurteile an und aktivierte diese Stereotypisierungen in einer breiten Öffentlichkeit. Die Haltung US-amerikanischer Journalisten in dieser Hinsicht bringt ein in Europa arbeitender Auslandsreporter eines US-Senders auf den Punkt, der angab, dass sich das US-amerikanische Publikum aus der Sicht der Reporter zwar nicht für europäische Politik interessiere, wohl aber für »[...] negative stories about France [which] Americans like.«⁸⁰

Der Tenor der US-amerikanischen Medienberichterstattung über Frankreich wurde dabei spätestens seit Herbst 2002 in Form wiederholter Kommentare sichtbar, die eine ehemalige Großmacht im Abstieg zeichnen, deren Verweigerungshaltung selbstgefällige Ignoranz und Selbstüberschätzung vermuten lasse. Der prominente Kommentator der *Washington Post* Kagan bemerkte etwa: »American global superpower goes back to being a global superpower, and France goes back to being France«⁸¹, *Fox News* bot dem republikanischen Abgeordneten King ein Podium für dessen Forderung, die Vereinigten Staaten dürften sich nicht durch ein »[...] second-or-third rate country, a has-been country like France« vom außenpolitischen Kurs abhalten lassen; und der renommierte Publizist Friedman sinnierte in seiner Kolumne in der *New York Times* darüber, Frankreichs Sitz im Sicherheitsrat Indien zu überantworten.⁸² Deutschland als ein weiterer europäischer Gegner des Irak-Krieges wurde in US-amerikanischen Medien ebenfalls als ein Land im ökonomischen Abstieg, in sozialer Auflösung befindlich und von zunehmender politischer Bedeutungslosigkeit gezeichnet.⁸³ Dabei ist die Verquickung solcherart wenig subtil vorgetragener politischer Einschätzungen und Wertungen mit populären, kulturell unteretzten Stereotypen das markante Charakteristikum der US-Medienberichterstattung über Europa

78 Vgl. Seib 2004: 119. Diese führen allerdings das »Französische« nur im Namen, stammen aber nicht von dort.

79 Vgl. dazu u.a. die Schilderung in: Rawson 2003.

80 Hahn/Lönnendonker 2009: 507.

81 Lambert 2003: 67.

82 Vgl. Rai 2003.

83 Vgl. Medien-Tenor 2003a.

(i.S. des »Alten Europa« als Sammelkategorie der Kriegsskeptiker und Kriegsgegner) gewesen. Wie Lambert zusammenfasst: »At a more impressionistic level, the news columns tell you that the French are interested in sex as well as food, that the Germans suffer from angst and have plenty to be anxious about, and that the British are seriously eccentric.«⁸⁴

In der westeuropäischen Berichterstattung über die Vereinigten Staaten wurden demgegenüber ebenso verschiedene Ebenen eines breit definierten »Antiamerikanismus« als tendenziell negative bzw. ablehnende Einschätzung der Vereinigten Staaten bedient. Dieser existierte sowohl in Form emotional basierter, diffuser Ablehnung und damit generell negativer Bewertungen dessen, wofür »die USA« stehen; er richtete sich aber auch auf eine Zurückweisung spezifischer US-Politiken, die eher auf rationaler Abwägung fußte.⁸⁵ Markanter Kristallisationspunkt der negativen Stereotypisierung war allerdings die Person des US-Präsidenten, dessen (unterstellte wie inszenierte) Persönlichkeitsmerkmale den Fokus einer teils abschätzigen europäischen Berichterstattung jenseits aller legitimen Kritik an dessen politischer Amtsführung wie Programmatik bildeten. Von Beginn an stand dabei weniger Bushs emotionaler Zugang zur US-Öffentlichkeit als »Barbecue-Präsident«⁸⁶ (der u.a. auch mitverantwortlich für seine Wiederwahl 2004 gegenüber einem als eher unnahbar wahrgenommenen Kandidaten Kerry war) im Blickpunkt der medialen Aufmerksamkeit als vielmehr defizitäre Wissensbestände und Versprecher des US-Präsidenten. Zwar gab es – ebenso wie in den US-Medien im Hinblick auf exponierte europäische Politiker – zweifelsohne ein gewisses Spektrum an Darstellungen und Bewertungen. Allenfalls aber Medien unter dem Dach von News Corp. (und damit zum Konzern des US-Republikanern nahestehenden Eigentümers Murdoch) wählten bisweilen das Attribut »brillant«, wenn sie vom US-Präsidenten sprachen.⁸⁷

Hinzu kommt, dass die Darstellung Bushs als Cowboy, die auf einem seitens des US-Präsidenten und seiner Kommunikationsberater für die eigene Gesellschaft inszenierten Bild beruhten, in westeuropäischen Kontexten eine andere Rahmung erfuhr. So wandelte sich das Image eines »geradlinigen Machers« in der europäischen Berichterstattung eher in das eines (negativ konnotierten) »anti-intellektuellen Draufgängers«.⁸⁸ Die offenkundige Geringschätzung, die westeuropäische Medien dem US-Präsidenten Bush

84 Lambert 2003: 69.

85 Vgl. Isernia 2006: 130. Für die differenzierende Variante der Definition nach Isernia: Johnston 2005: 9.

86 Vgl. Bowman 2004.

87 Lambert (2003: 66) verweist auf die britische *Sun*.

88 Vgl. Malphurs 2008: 189. Vgl. auch Hall (2003) für die Berichterstattung über George W. Bush im US-Kontext.

entgegenbrachten⁸⁹, hatte damit von Beginn an und bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit auch eine »persönliche« Komponente. Den Kern der wechselseitigen Stereotypisierung dies- und jenseits des Atlantiks bildete demzufolge eine in Teilen gehässige Darstellung des politischen Führungspersonals. Das in vielen westeuropäischen Gesellschaften und Medien populäre *Bush-Bashing* wurde dabei durch eine Verhöhnung etwa des deutschen Regierungschefs Schröder wie des französischen Präsidenten Chirac in US-Medien beantwortet, wobei Schröder eher als unzuverlässiger Partner, Chirac eher als selbstgefälliger Vertreter einer Nation im Abstieg geschildert wurde.⁹⁰ Zudem wurden Frankreich und Deutschland von der konservativen *New York Post* emblematisch in eine »axis of weasels« (eine in Anlehnung an die sog. »Achse des Bösen« als »Achse der Hinterhältigen« beschriebene Koalition der Kriegsgegner) eingereiht, während die jeweiligen UN-Botschafter später als ebensolche Wiesel verfremdet auch deren Titelblattierten. Das *Wall Street Journal* brandmarkte Schröder als »Husseins eifrigsten Verteidiger in Europa«, ebenso wie der rechtskonservative Kolumnist der *Washington Post* Krauthammer die französische UN-Delegation als Husseins »Anwälte« vor dem UN-Sicherheitsrat bezeichnete.⁹¹ Solcherart Verquickung von divergierenden Realitätskonstruktionen und Deutungsangeboten mit auf Popularität abzielender Stereotypisierung des jeweils Anderen markierte dabei die doppelte Dynamik der »transatlantischen Medienkluft«.

89 Nisbet/Shanahan (2008: 17) berichten, dass die Person Bush in der westeuropäischen Berichterstattung im Untersuchungszeitraum 2005 deutlich negativer dargestellt wurde als im US-Kontext und in markantem Kontrast zur dortigen Berichterstattung kaum irgendwelche positiven Bewertungen erhielt.

90 Vgl. Lambert 2003: 66.

91 Vgl. ebd.: 67. Rai (2003) gibt weitere Beispiele: »Rupert Murdoch's Sun published a French edition with a huge cartoon of Jacques Chirac morphing into a worm. And asked, ›What's the difference between toast and Frenchmen?‹ Answer: ›You can make soldiers out of toast‹.«

Tabelle 4: Die »transatlantische Medienkluft« 2003: Schematische Gegenüberstellung der jeweils massenmedial vermittelten Realitätsdeutungen und wechselseitigen Stereotypisierungen

Gesellschaft	Realitätsdeutung in den dortigen Medien	»Rationalisierung«/ Stereotypisierung des Gegenüber in Massenmedien
USA	[Orientierung an US-Regierung] - Terrorismus als nationale Sicherheitsgefährdung - Irak & MVW; Irak & Al-Kaida - Vereinte Nationen als »Problem«/ Blockierer - militärische Mittel als zielführendes Instrumentarium - breite Zustimmung zu möglicher Invasion	- Europa als »alter Kontinent« - (ökonomischer, demographischer etc.) Abstieg Europas - barockes Ensemble von Institutionen (EU) - (latenter) Antisemitismus - opportunistische Politiker
	Erweiterung der europäischen Realitätsdeutungen (»neues Europa«) - Irak-Krieg gerechtfertigt - militärische Mittel notwendig	
(West-) Europa/ (»altes Europa«)	- Terrorismus als globale Gefahr - Kritik des US-Unilateralismus - Irak-Krieg unnötig und illegitim - Sinnhaftigkeit militärischer Machtpolitik? - weltweiter Protest gegen Invasion	- sekundäre Motive/ »US-Imperialismus« - manipulierte US-Medien und (ignorante) US-Gesellschaft - Cowboy-Mentalität (US-Präsident)

Jäger und Viehrig formulieren in dieser Hinsicht treffend: »Wenn jedoch die Aufmerksamkeit der Gesellschaften auf die Reproduktion der jeweils eigenen Auto- und Heterostereotypen konzentriert werden kann, und ein Austausch der durch Medien vermittelten Wahrnehmungen [...] nicht stattfindet, entwickeln sich die Interpretationen der internationalen Ordnung und des in ihr angemessenen Verhaltens auseinander.«⁹² Dieser beschriebene Mechanismus bedarf hinsichtlich der transatlantischen Medienkluft zweier zusätzlicher Präzisierungen. Erstens darf der politische Wille, die jeweils eigenen Deutungsmuster zu stabilisieren, zwar mit Blick auf Medienstrategien exponierter politischer Akteure v.a. im US-Kontext und in Teilen auch Großbritanniens (unter der Perspektive der Legitimitätsschaffung, vgl. Kap. 8.1) angenommen werden. Hinsichtlich des europäischen Kontextes griff allerdings ein etwas anderer Mechanismus. Hier wurde eine solche Konzentration auf die jeweils eigenen Wahrnehmungsmuster maßgeblich durch eine Orientierung der Massenmedien am wahrgenommenen »politischen Konsens« (Mehrheiten der Öffentlichen Meinung, nicht durchweg die Regierungslinie, vgl. etwa Spanien) bewirkt. Zweitens: Sowohl in der US-amerikanischen Medienberichterstattung wie in der westeuropäischen tritt als markantes Charakteristikum hinzu, dass jeweils latent vorhandene Vorurteile durch negative Stereotypisierungen bedient wurden. Somit zeichnet nicht nur ein irgendwie »blockierter Austausch von divergierenden Wahrnehmungen«, sondern ein genau auf dieser Wahrnehmung divergenter Realitätskonstruktionen fußender wechselseitiger *Abgrenzungs-* und *Abschottungsprozess* für die beschriebene, zunehmende Kluft in den Realitätswahrnehmungen verantwortlich.

Welche Auswirkungen besitzen nun solcherart massenmedial getragene Prozesse konfligierender Realitätskonstruktion im transatlantischen Zusammenhang? Auf der Ebene medialer (Re-)Produktion von gesellschaftlicher Realität internationaler Beziehungen lässt sich die These aufstellen, dass die transatlantische Medienkluft infolge des Irak-Krieges zu einer wenigstens mittelfristig stabilen Divergenz der Wahrnehmungen politischer Sachverhalte im internationalen Kontext auf beiden Seiten des Atlantiks beigetragen hat. Dies bedeutet nicht, dass ein Auseinanderdriften der gesellschaftlichen, kulturell-normativen Orientierungsmuster zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa vorher nicht zu verzeichnen war. Sichtbar wurde dieses spätestens seit Ende des Ost-West-Konflikts.⁹³ Aber es bedeutet, dass dieses Auseinanderdriften auf der Ebene der massenmedialen Realitätskonstruktion nicht nur sichtbar und manifest wurde, sondern durch die geschilderten Verstärkereffekte vermittelt die Divergenz der Wahrnehmungen potenziell noch verstärkt hat. Jäger und Viehrig konnten in dieser Hin-

92 Jäger/Viehrig 2005: 6.

93 Medick-Krakau 2007. Zu punktuell unterscheidbaren Aufmerksamkeitsmustern US-amerikanischer und europäischer Nachrichtenmedien hinsichtlich des Irak bereits seit den 1990ern: Szukala 2003.

sicht mit Blick auf den zeitlich nachgelagerten Darfur-Konflikt (der zudem nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit im transatlantischen Raum stand) nachweisen, dass unterschiedliche Mediensichten die jeweiligen gesellschaftlichen bzw. politischen Debatten flankierten.⁹⁴ Akzentuiert trat dies angesichts der sich krisenhaft zuspitzenden Lage in Darfur zu Tage, als US-Medien primär über die Vereinigten Staaten als (möglichen) Akteur im Rahmen der Konfliktbearbeitung berichteten, während in europäischen Medien auch andere Akteure (lokale Regierungen, die Afrikanische Union etc.) eine Rolle spielten. Ebenso adressierten Massenmedien im europäischen Kontext an prominenter Stelle die Vereinten Nationen, während diese in der US-Berichterstattung zum Darfur-Konflikt allenfalls sporadisch auftauchten. Schließlich: Während sich eine Vielzahl europäischer Medien umfangreich mit den Ursachen der Krise beschäftigte, dominierte in den US-Medien eher die Schilderung der Auswirkungen des Konflikts anhand personalisierter Einzelschicksale.⁹⁵

Dem kann entgegengehalten werden, dass Berichtsperspektiven und daraus resultierende Realitätskonstruktionen sich über Zeit verändern könnten, je nach »politischer Großwetterlage«, die transatlantische Medienkluft also nur ein vorübergehender Reflex, maßgeblich auf konfrontative US-Außenpolitik in den zwei Amtszeiten des US-Präsidenten Bush jr., gewesen sei. Demgegenüber verorte ich die politische Konsequenz der transatlantischen Medienkluft auf grundsätzlicherer Ebene in der Aktivierung, Erneuerung und Erweiterung eines beiderseits des Atlantiks vorfindbaren Repertoires wechselseitiger negativer Stereotypisierungen. Diese flankierten zunächst nur die jeweiligen, unterscheidbaren Realitätskonstruktionen, vermögen es aber, auf nachfolgende Prozesse der Realitätsdeutung einzuwirken. Der qualitative Unterschied, den das massenmedial vermittelte, auch und vor allem gesellschaftliche Auseinanderdriften im transatlantischen Bündnis markierte, besteht demzufolge darin, dass auch eine vglw. populäre neue US-Regierung auf eine prinzipiell wesentlich skeptischere (und latent wie offen stärker amerikakritische) europäische Öffentlichkeit stößt.

Aus den Befunden zur Öffentlichen Meinung in Westeuropa herausgegriffen, ergibt eine kurze Schau dahingehend etwa folgende Bestandsaufnahmen: Bereits im Sommer 2002 waren die Bevölkerungen in mehreren westeuropäischen Staaten (Großbritannien, Italien, Frankreich, Deutschland) mehrheitlich der Meinung, dass US-amerikanische Außenpolitik zu den Terroranschlägen des 11. September beigetragen hätte.⁹⁶ Im Verlauf des folgenden Jahres ließ sich dann der deutlichste Anstieg antiamerikanischer Haltungen binnen Jahresfrist seit Beginn der Befragungen in den 1950er Jahren feststellen; zum ersten Mal wurde dabei in der Bundesrepublik Deutschland und Italien eine mehrheitlich negative Einschätzung der USA

94 Vgl. Jäger/Viehtrig 2005.

95 Vgl. zu den Ergebnissen: ebd.: 36.

96 Isernia 2006: 140.

registriert, ein deutliches Absinken der Wertschätzung der Vereinigten Staaten zudem auch in Großbritannien (und damit der Gesellschaft des Kriegsverbündeten).⁹⁷ Aus den in den Jahren 2004 bzw. 2005 vom *German Marshall Fund* erhobenen Daten ließ sich erkennen, dass »US-amerikanische Führung« im weltpolitischen Kontext in Frankreich (24 Prozent Zustimmung) und Deutschland (37 Prozent, abgesunken von 68 Prozent noch 2002⁹⁸) nur noch von Minderheiten gewünscht wurde. Und auch in den Gesellschaften der kriegsbefürwortenden Staaten fanden sich zumindest starke Minderheiten, die eine solche US-Führung ablehnten (in Großbritannien etwa wünschten nur 54 Prozent eine US-Führungsrolle).⁹⁹

In seiner Sekundäranalyse aggregierter Umfragedaten aus den Jahren 2001 bis 2006 kommt Bobrow darauf aufbauend zu dem Schluss, dass gerade in den westeuropäischen Gesellschaften (weniger ausgeprägt in Großbritannien, aber auch dort tendenziell nachzuzeichnen) ein deutlich negatives Meinungsbild gegenüber den Vereinigten Staaten überwogen habe, und zwar am prononciertesten negativ im Hinblick auf deren Beitrag für einen »Weltfrieden«.¹⁰⁰ Nachdem noch ausgangs der 1990er Jahre die genannten Gesellschaften (auch Deutschland und Frankreich) eine überwiegend positive Einschätzung der internationalen Rolle der USA bekundeten, sahen diese nunmehr »[...] predominantly or massively [...] the impact of U.S. policies as adverse and inattentive to their interests«.¹⁰¹ Der *Pew Global Attitudes Survey* 2008 verzeichnete zwar angesichts der Präsidentenwahlen eine »Aufbruchstimmung« für den Fall der Wahl Barack Obamas, gerade aber Langzeitstudien lassen ermsen, wie dramatisch und auf welch tiefes Niveau die Beliebtheit der Vereinigten Staaten in den Gesellschaften der westeuropäischen Verbündeten abgesunken ist.

Eine weitere Studie des Pew-Forschungszentrums verzeichnete ein Absinken des Anteils derer, die am Ende der zweiten Amtszeit Bushs angaben, generell ein positives Amerikabild zu besitzen, von 83 auf 53 Prozent in Großbritannien, von 78 auf 31(!) Prozent in Deutschland – damit rangierten die USA nur noch knapp vor China (26 Prozent positiv). Selbst im traditionell USA-freundlichen Polen war ein signifikantes Absinken der positiven Evaluationen (von 86 auf 68 Prozent) zu beobachten.¹⁰² Es ist dies maßgeblich *auch* und mit Blick auf die Zentralität medialer Realitätsdeutung für die Wahrnehmung politisch-gesellschaftlicher Trends in der internationalen Umwelt: *im Besonderen* ein Ergebnis der transatlantischen Medienkluft. Dies wird nicht zuletzt deutlich mit Blick auf einzelne Befunde zur Ent-

97 Ebd.: 138.

98 Vgl. dazu: Schmidt 2008: 60. 2006 hatte sich die Zustimmungsrates allerdings leicht erhöht (auf 43 Prozent).

99 Vgl. Ramsay 2005: 26.

100 Vgl. Bobrow 2008: 233.

101 Ebd.: 232.

102 Vgl. Gallup 2008; Pew Global Attitudes 2008.

wicklung der Wahrnehmung Westeuropas in der US-amerikanischen Gesellschaft. Zwar lässt sich dort wesentlich schwieriger als im europäischen Fall ermitteln, inwieweit sich die Wahrnehmungsmuster in Bezug auf die transatlantischen Partner generell verändert haben. Nicht zuletzt der Umstand, dass Europa bzw. das transatlantische Verhältnis in einschlägigen Untersuchungen zur Öffentlichen Meinung in den USA gar nicht auftauchen, zum Beispiel in der Zusammenstellung *Americans & the World*¹⁰³, begründet dies. (Ebenso fragen Langzeitstudien die Befindlichkeiten der US-amerikanischen Gesellschaft gegenüber einzelnen europäischen Staaten bzw. »Europa« nicht kontinuierlich ab.¹⁰⁴)

Gerade aber hinsichtlich medienzentrierter Dynamiken veränderter Wahrnehmungen ließ sich ein (wenigstens zwischenzeitlich) deutliches Absinken der Bewertung Frankreichs in der Folge massenmedial vermittelter, negativer Stereotypisierung des Landes und dessen politischer Vertreter nachweisen.¹⁰⁵ Auch wenn sich daraus kein allgemeiner Trend ableiten lässt, so erscheint dieser Befund doch bemerkenswert, v.a. da »Außenpolitik« traditionell kein primäres gesellschaftliches Aufmerksamkeitsfeld in den Vereinigten Staaten bildet, was durch den tendenziell abnehmenden Umfang der Auslandsberichterstattung eher noch verstärkt worden sein dürfte.¹⁰⁶ Umfragen im Zusammenhang mit Haltungen der US-Bevölkerung zum Irak-Krieg belegen zudem, dass eine deutliche Mehrheit prinzipiell kooperative Formen US-amerikanischer Außenpolitik bevorzugen würde, aber zugleich davon ausgeht, sich damit in einer Minderheitenposition zu befinden.¹⁰⁷ Ob sich dies als ein realitätskonstitutiver Effekt der Medienberichterstattung beschreiben lässt, müsste ggf. durch nachfolgende Forschungen eruiert werden, erscheint aber hinsichtlich der durch die US-Medien projizierten Selbst- und Fremdbilder im transatlantischen Kontext zumindest plausibel.

Kurzum: Massenmedien haben im transatlantischen Kontext offenkundig zum Entstehen und zur Verstärkung divergierender Realitätsdeutungen beigetragen.¹⁰⁸ Unterschiedlicher inhaltlicher Zuschnitt, abweichende Bewertungen und deren Einbettung in negative Stereotypisierungen haben dabei diskursiv gesellschaftlichen Dissens, der zwischen politischen Entscheidungsträgern nicht unbedingt entlang der kontinentalen Grenzen verteilt war

103 Vgl. die fortlaufende Aktualisierung unter: www.americans-world.org/.

104 Transatlantic Trends (2007) beschreibt so etwa bemerkenswerte Ähnlichkeiten, was die sinkende Zustimmung zu Politiken der Bush-Administration betrifft, benennt gleichzeitig aber auch divergierende Problemwahrnehmungen (Guantanamo, Kyoto). Vgl. ebd.: 6.

105 Medien-Tenor 2003b.

106 Zur Öffentlichen Meinung: Holsti 2002; für die Auslandsberichterstattung u.a.: Arnett 1998; Franks 2005.

107 Vgl. Todorov/Mandisodza 2004.

108 Vgl. auch (maßgeblich für den deutschen und den französischen Fall): Nisbet/Shanahan 2008: 21.

(vgl. Blair, Aznar im europäischen Kontext), produziert und eskaliert. Die Intensität des Dissenses, der sich v.a. in Westeuropa in einer dramatischen, nicht nur punktuellen Verschlechterung des Amerikabildes äußerte, lässt sich dabei maßgeblich auch als eine medial induzierte Dynamik verstehen. Nachhaltig(er) hat dies in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Bedeutungshorizonte westeuropäischer Gesellschaften geprägt¹⁰⁹, als nunmehr die artikuliertete Ablehnung US-amerikanischer Führung eine Option für breitere Segmente der Gesellschaften wurde.

Es bleibt abzuwarten, ob damit angezeigt ist, dass die Skepsis gegenüber den USA generell angewachsen ist, ohne durch »Obamania« bereits wieder vollends beseitigt worden zu sein.¹¹⁰ Auch wenn jüngere Umfragen zeigen, dass US-Führung im transatlantischen Kontext wieder mehrheitlich akzeptiert wird¹¹¹, dürfte es sich im Besonderen um einen zunächst an die – wiederum medial vermittelte und popkulturell überhöhte – Persönlichkeit des Präsidenten Obama gekoppelten Effekt handeln. Sollte sich die Obama-Administration mit ihren außenpolitischen Zielen (Afghanistan, Irak, Guantanamo etc.), die angesichts der Binnenthemen »Gesundheitsreform« und »Auswirkungen der Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt« nicht durchweg Priorität genießen, nicht durchsetzen, steht zu erwarten, dass die Sympathiewerte internationaler öffentlicher Meinung wiederum deutlich nachlassen. Die divergierenden Wahrnehmungs- und Berichtsmuster der Massenmedien im transatlantischen Kontext, die während der vergangenen Dekade tendenziell stärker auseinanderdrifteten als bereits vorher, werden durch einen solchen personengebundenen Popularitätseffekt dabei nicht notwendigerweise nachhaltig ausgeräumt.

109 Konventionellere Analysen beschreiben demgegenüber – in Bezug etwa auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen – eher ein generelles, v.a. auf Ebene der politischen Entscheidungsträger sich abbildendes »Auseinanderdriften«, Wandlungsprozesse außenpolitischer Identitäten oder innenpolitisch motiviertes Taktieren bzw. Mobilisierung anti-amerikanischer Ressentiments, vgl. u.a.: Schmidt 2008.

110 Vgl. dazu: Brand 2009.

111 Umfragedaten des *Pew Research Center* im Sommer 2009 weisen auf massiv veränderte, nunmehr wieder mehrheitlich positive Einschätzungen der USA in westeuropäischen Ländern hin (Pew Research Center 2009). Dieser Effekt dürfte im Wesentlichen der Wirkung des charismatischen US-Präsidenten Obama geschuldet sein, so wie das Absinken der Werte vorher in großen Teilen der medialen Darstellung und der Wahrnehmung seines Amtsvorgängers geschuldet war. Vgl. auch: Gallup 2009.

10.2 DER »KARIKATURENSTREIT« (2005-06)

Dass sich mit der transatlantischen Medienkluft die Dynamik mediatisierten zwischengesellschaftlichen Dissenses in einer politisch, wirtschaftlich und kulturell hochgradig vernetzten und (institutionell) integrierten Weltregion manifestierte, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass solcherart Prozesse auf die OECD-Welt beschränkt sind. Vielmehr lässt sich aufzeigen, dass die mediale Schaffung von konfligierenden Deutungsmustern über einzelne Gesellschaften bzw. Segmente von Gesellschaften hinweg in anderen Fällen erst intensivere Verflechtungsmuster erzeugt. Der sog. »Karikaturenstreit« zwischen muslimischen Gesellschaften und islamischen Einwanderungsgemeinschaften in westlichen Gesellschaften einerseits und v.a. den immigrationsskeptischen Teilen dieser westlichen Mehrheitsgesellschaften (im Verlauf aber auch zunehmend dort beheimateter publizistischer Eliten generell) in den Jahren 2005 und 2006 verdeutlicht dies.

Der Kern dieses Streits bestand dabei je nach Lesart auf einer generellen Ebene in der nunmehr manifest gewordenen Auseinandersetzung zwischen den abstrakten Prinzipien Rede- und Pressefreiheit (im »säkularen westlichen« Lager) und der Achtung religiöser Bestimmungen (im »islamischen« Lager). Ausgehend vom konkreten Kontext, aus dem heraus die Konfliktodynamik entstand, handelte es sich dagegen eher um eine transnationalisierte Form des Konflikts zwischen Immigranten-*Communities* in westlichen Gesellschaften und dortigen Mehrheitsgesellschaften vor dem Hintergrund einer globalen Zuspitzung kulturell-religiös aufgeladener Konfliktmuster zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.

An dieser Stelle folge ich primär der zweiten Lesart mit dem Zusatz, dass die Mechanismen der Initiierung wie auch der Transnationalisierung vornehmlich medienzentrierter Natur waren.¹¹² Der Karikaturenstreit lässt sich in dieser Hinsicht anhand des je unterschiedlichen Grades der »Mediatisierung« und je unterscheidbarer massenmedialer Dynamiken der Realitätskonstruktion in drei Phasen einteilen. Initialisiert wurde er durch die Publikation der sog. »Mohammed-Karikaturen« in Dänemark, internationalisiert wurde er durch islamische Aktivisten (z.T. unter Nutzung transnationaler Medien). Seine eigentliche Transnationalisierung erfuhr er aber in einer dritten Phase durch die mehrfache Re-Publikation der Karikaturen in meistens europäischen Zeitungen und Zeitschriften einerseits wie durch die nachfolgend medial getragene und vermittelte Organisation von Protest im Nahen und Mittleren Osten, in Ländern mit einem signifikanten Anteil an muslimischer Bevölkerung sowie muslimischen Einwanderungsgemeinschaften in einer Vielzahl westeuropäischer Länder andererseits.

In der ersten Phase spielten Massenmedien eine entscheidende, wenn auch zunächst lokal/regional begrenzte Rolle. So erschienen am 30. September 2005 in der dänischen Tageszeitung *Jyllands-Posten* zwölf Karikatu-

112 Vgl. u.a.: Powers 2008: 347.

ren, die den Propheten Mohammed abbildeten (u.a. in den Kontext des Terrorismus gerückt und gewalttätig, aber nicht durchweg offenkundig abschätzig¹¹³). Daneben wurde eine Stellungnahme der Herausgeber publiziert, die als Grund für deren Veröffentlichung den seitens des Redaktionsteams wahrgenommenen Prozess der »Selbstzensur« angesichts religiöser Befindlichkeiten der muslimischen Bevölkerung in Dänemark anführte. Dies entspreche, so die Logik der vorgetragenen Begründung, einer unbotmäßigen Einschränkung der Presse- und Redefreiheit und sollte durch die gezielte Herausforderung einer Positionierung muslimischer Gemeinden thematisiert werden.

Markant ragt in diesem Zusammenhang der Kontext der dänischen Gesellschaft als einer Zuwanderungsgesellschaft, innerhalb derer in der letzten Dekade immigrationsfeindliche Parteien Wahlerfolge verbuchen konnten, in die Entscheidung hinein, die maßgeblich vom Kulturchef der Zeitung, Rose, vorangetrieben worden war.¹¹⁴ *Jyllands-Posten* hatte sich zudem in Dänemark (und außerhalb) bereits einen Ruf als konservatives, tendenziell Immigration ablehnendes, v.a. aber islamkritisches und teils offen islamfeindliches Medium erworben.¹¹⁵ So berichtet Hervik, dass die Zeitung nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 wiederholt dänische Muslime mit Taliban-Kämpfern gleichgesetzt habe und die Berichterstattung über islamische Länder und Gesellschaften durch eine nachhaltig negative semantische Rahmung auffalle.¹¹⁶ Rostbøll fasst demgemäß zusammen:

»If the cartoons had been published in an atmosphere that was otherwise characterized by mutual respect and attempts to try to understand and listen to Danish Muslims, there would have been no reason for moral reproach of *Jyllands Posten*.«¹¹⁷

Dennoch gilt: Lässt man die Kontakte des Journalisten Rose, der die Veröffentlichung initiierte, zu einigen Vertretern des US-amerikanischen Neokonservatismus ebenso beiseite wie die potenzielle Anbindung der muslimischen Diaspora, an die die Publikation adressiert war, zu den jeweiligen Herkunftsländern außer Acht, so präsentiert sich der Streit in seiner Entstehung als ein weitestgehend lokaler Konflikt mit nur einem geringen Grad an Transnationalisierung. In der Folge waren es denn auch allenfalls lokale Ak-

113 Die Karikaturen finden sich u.a. auf der Website des *Brussels Journal* (www.brusselsjournal.com/node/698/). Eine andere Diskussion kreist um die grundsätzliche Frage der Zulässigkeit einer solchen graphischen Darstellung, vgl.: Hussain 2007.

114 Pieterse 2007: 67; Hervik 2006: 226f.

115 Vgl. u.a. Hervik 2006: 226f.

116 Ebd.: 228. Hervik nennt in diesem Zusammenhang die Attribute »verachtenswert«, »unaufgeklärt«, »obskur«, »vertrauensunwürdig«, »mittelalterlich« und »abscheulich«, die die Islamberichterstattung der Zeitung kennzeichneten.

117 Rostbøll 2009: 627. Vgl. auch: Lawler 2007.

teure, die innerhalb des dänischen politischen Systems ihren Unmut äußerten, etwa die Vertreter der Gemeinschaft des Islamischen Glaubens, die von der Zeitung eine Entschuldigung verlangten.¹¹⁸ Auch die Forderung einiger islamischer Botschafter an den dänischen Premierminister, etwas in dieser Sache zu unternehmen und eine Entschuldigung seitens *Jyllands-Posten* zu erwirken, spielte sich im dänischen Kontext ab. (Der Premier lehnte die Forderung nach einem Treffen mit der Begründung ab, die Politik habe kein Weisungsrecht gegenüber der Presse.)

Zwar berichteten die saudische Zeitung *Al-Hayat*, die französische *Le Monde* und auch Al-Jazeera über die Publikation der Karikaturen¹¹⁹, aber diese Berichte riefen kaum ein Echo im internationalen Kontext hervor. Auch publizierte Teile der Karikaturensammlung etwa im ägyptischen Boulevardblatt *Al-Fajr* und auf der populären indonesischen Website *Rakyat Merdeka* erregten kaum Aufsehen. Die sich anschließende zweite Phase des Karikaturenstreits ist demgegenüber durch eine bewusst herbeigeführte Internationalisierung des Konflikts seitens exponierter dänischer Muslime gekennzeichnet. Einige dänische Imame entschieden sich so aus Verärgerung über die Publikation und eine ausbleibende politische Sanktionierung seitens der dänischen Regierung, den Konflikt mittels einer Internationalisierungsstrategie zu eskalieren.¹²⁰ Wiederum Hervik berichtet in diesem Zusammenhang von der Schilderung eines dänischen Imams, der bekundete, dass man in islamischen Ländern bisher der Klage über antiislamische Tendenzen in Dänemark kaum Aufmerksamkeit geschenkt habe, insbesondere aber die graphische Darstellung des Propheten mit einer tickenden Bombe im Turban die Galvanisierung von Protest versprach.¹²¹ Indem die dänischen Imame ein 43-seitiges Dossier zusammenstellten, das sowohl die ursprünglichen zwölf Karikaturen als auch u.a. drei weitaus gewagtere Darstellungen und zusätzliches Material enthielt¹²², und dieses der Organisation der Islamischen Konferenz zukommen ließen, involvierten sie die der Organisation angehörenden Länder.

Mittelbar zogen sie damit auch die islamisch geprägten Gesellschaften dieser Länder in den Streit hinein, da das nach den Protagonisten benannte Akkari-Laban-Dossier spätestens mit der Publikation über das transnationale

118 Hansen, R. 2006: 8

119 Vgl. Amitzbøll/Vidino 2006; Kunelius/Eide 2007: 10; Strömbäck et al. 2008: 122.

120 Amitzbøll/Vidino 2006: 6.

121 Vgl. Hervik 2006: 225.

122 Vgl. dazu Oring 2008. Oring beschreibt, dass einige dieser Darstellungen als bewusste Kritik am Anliegen bzw. Ironisierung des Anliegens von *Jyllands-Posten* gedacht waren, im Kontext des Dossiers aber eine gänzlich andere Bedeutung entfalteten. O'Leary (2008) plädiert aufgrund der Zusammenstellung des Dossiers dafür, statt von der »dänischen Karikaturenepisode« vom »islamistischen Karikaturenschwindel« zu sprechen.

le Satellitenprogramm der Hizbollah, *Al-Manar*, auch breiten Teilen der Bevölkerung zugänglich gemacht wurde. Dennoch hielt sich der Aufruhr zunächst in Grenzen, sieht man von der Aussetzung eines Lösegeldes auf die Karikaturisten seitens der pakistanischen Partei Jamaat-e-Islami ab.¹²³ Exponierte Mitglieder dänischer islamischer Gemeinden bereisten allerdings weiterhin Staaten im Nahen und Mittleren Osten (Ägypten, Libanon, Syrien), um dort bei Treffen mit religiösen und politischen Führern um Unterstützung für ihren Protest zu werben. Dabei gaben sie punktuell auch arabischen Fernsehsendern und Radiostationen Interviews und wiederholten dort ihre Anschuldigungen gegen *Jyllands-Posten* und die dänische Regierung, der sie zudem vorwarfen, den Koran zensieren zu wollen.¹²⁴

Die dritte und letztendlich zum offenen Konflikt führende Phase des Karikaturenstreits nahm ihren Ausgang zu Beginn des Jahres 2006, als dem Beispiel der norwegischen christlichen Zeitschrift *Magazinet* folgend Dutzende von Zeitungen vor allem in westlichen Ländern die ursprünglichen Karikaturen wenigstens teilweise erneut veröffentlichten. Neben dem *Brussels Journal* waren dies in mehreren Schüben u.a. auch einige deutsche (*Die Welt*, *Die Zeit*, die FAZ und der *Tagesspiegel*¹²⁵), mehrere französische (*France Soir*, *Charlie Hebdo* und *Le Monde* u.a.) und insgesamt 143 Zeitungen in 56 Staaten.¹²⁶ Diese Re-Publikation erfolgte dabei aus unterschiedlichen Gründen. Der offiziellen und von nahezu allen Medien im westlichen Raum gelieferten Begründung, es sei ausschließlich um Solidarität mit angefeindeten Journalisten gegangen und damit um die Erhaltung der Presse- und Redefreiheit¹²⁷ etc., steht in einigen Fällen das plausible Argument eines relativ hohen Nachrichtenwerts wenigstens ein Stück weit entgegen. In einigen Fällen ist ebenso dokumentiert, dass die Veröffentlichung primär unter dem Gesichtspunkt einer Auflagensteigerung erfolgte, etwa bei *France Soir*, einer zu dieser Zeit in Existenznöten schwebenden französischen Zeitung.¹²⁸ Insgesamt lässt sich aber aufzeigen, dass die Begründung einer »empfundnen Notwendigkeit« als Akt der Verteidigung von Presse- und Redefreiheit in den überwiegenden Fällen die Veröffentlichung diskursiv rahmte. Dies geschah in durchaus unterschiedlicher Nuancierung: Während französische Zeitungen (unabhängig von deren Verortung auf dem innenpolitischen Meinungsspektrum) eher dazu tendierten, auf den »säkularen

123 Feldt/Seeberg 2006: 15.

124 Vgl. Amitzbøll/Vidino 2006.

125 Die *taz* (*tageszeitung*) und die *Berliner Zeitung* druckten Auszüge, während etwa *Bild* und *Spiegel Online* eine Publikation ablehnten.

126 Vgl. dazu: Hansen, R. 2006: 9; Berkowitz/Eko 2007: 784; Eko/Berkowitz 2009: 183; Olesen 2009: 418.

127 Vgl. Kunelius/Eide 2007: 11.

128 Müller, Ch. 2006. Das Insolvenzverfahren der Zeitung läuft bereits seit 2005, unlängst wurde eine mögliche Übernahme durch einen russischen Großinvestor debattiert.

Republikanismus« Frankreichs und eine daraus folgende Priorisierung der Presse- und Meinungsfreiheit hinzuweisen, lässt sich im deutschen Kontext eine deutlichere Verknüpfung zwischen der gestiegenen Bedrohungswahrnehmung hinsichtlich des Islam/Islamismus und der bekundeten Unverhandelbarkeit der Pressefreiheit feststellen.¹²⁹

Die massive Re-Publikation der Karikaturen auf westlicher Seite trug die Karikaturen wie den darum entstandenen Meinungskonflikt zweifelsohne in eine breite Öffentlichkeit. Die Wahrnehmung dieser (Re-)Publikationsentscheidung wie der Berichterstattung bzw. Rechtfertigung in den betreffenden Medien resultierte dabei in vielen muslimischen Gemeinden weltweit in einer Interpretation, die Khouri folgendermaßen auf den Punkt bringt: »[...] European political and press leaders flat-out [told] the Islamic world that Western freedom of press was a higher moral value and a greater political priority than Muslim's concern«. ¹³⁰ »Medienaktivismus« bildete in dieser Hinsicht auch in muslimischen Gesellschaften und Immigrantengemeinden das zentrale Element der dritten Phase: Der orchestrierte Protest in Ländern mit islamischer Bevölkerungsmehrheit oder starkem Anteil von Muslimen an der Gesamtbevölkerung wäre ohne die mediale Berichterstattung nicht denkbar gewesen, wenn auch eine Intentionalität bzw. Gerichtetheit des Medienhandelns bisweilen fraglich bleibt. So trug das vom saudischen Nachrichtenkanal *Al-Arabiya* als »Entschuldigungsinterview« angekündigte Gespräch mit dem dänischen Premierminister, in dessen Verlauf keine Entschuldigung (nur das Bekenntnis zu generellem Respekt vor Religionen und Pressefreiheit) zu hören war, zur Emotionalisierung des Meinungsbildes in arabischen Ländern bei.¹³¹ Andere Fernsehstationen wie der religiöse *Al-Majd* riefen offen zum Boykott dänischer Waren auf; *Al-Jazeera* bot zumindest islamischen Geistlichen¹³² eine Plattform, um diesen Boykott publik zu machen bzw. zu dessen Unterstützung aufzurufen. Ebenso konnte der syrischstämmige Geistliche Barazi, der seit 15 Jahren in Dänemark lebte, über *Al-Jazeera* öffentlichkeitswirksam die These verbreiten, Koranverbrennungen stünden unmittelbar bevor.

Interessanterweise lässt sich für die Phase der intensiven Transnationalisierung mittels Medien auch feststellen, dass einige (internationale Leit-)Medien bewusst die Option des Nichtpublizierens wählten, etwa die *Was-*

129 Vgl. Eko/Berkowitz 2009: 197; Miera/Sala Pala 2009.

130 Khouri 2006. Dies dürfte explizit auch für die Stellungnahmen politischer Akteure im europäischen Kontext gelten; der damalige Innenminister Schäuble etwa wies das Ansinnen auf Entschuldigung unter Hinweis darauf zurück, dass sich die deutsche Regierung nicht für etwas entschuldigen könne, was in Ausübung der Pressefreiheit geschehen sei.

131 Sakr 2008: 290f.

132 Wie etwa dem Islamgelehrten Qaradawi, dessen wöchentliches Programm »Shia und Leben« *Al-Jazeera* ebenfalls ausstrahlte, oder dem Vorsitzenden der Islamischen Gemeinde in Dänemark, Abu Laban.

hington Post, die New York Times oder CBS, wobei sich dies oftmals als Schutzstrategie für Journalisten vor Ort entpuppte.¹³³ Auch gaben pan-arabische Sender (*Iqra*) und Medienunternehmen (MBC – *Middle East Broadcasting*) um Moderation bemühten Stimmen eine Plattform bzw. starteten Initiativen, die auf kulturellen Dialog und Verständigung ausgerichtet waren.¹³⁴ Insgesamt blieb allerdings festzustellen, dass eine Vielzahl der Massenmedien im arabischen Raum, im Nahen und Mittleren Osten etc., die auf ein muslimisches Publikum abzielen, zu einer Homogenisierung der Wahrnehmungen beitrugen insofern, als sie die Veröfentlichung der Karikaturen in einen Zusammenhang mit der generellen Geringschätzung des Islams in westlichen Gesellschaften, neokolonialen Politiken des »Nordens« sowie Rassismen gegenüber und der generellen Marginalisierung muslimischer Einwanderer stellten.

Eine besondere Dynamik entwickelte sich dabei aus dem Zusammenspiel von transnational agierenden Massenmedien (etwa transnationalen Nachrichtenkanälen und sog. Diaspora-Medien¹³⁵), deren wechselseitiger Beobachtung und der Flankierung durch Kommentare und Diskussionen in onlinegestützten Kommunikationsplattformen.¹³⁶ So lassen jüngere Studien einerseits in der Tat den Schluss zu, dass der Konflikt maßgeblich eskalierte, nachdem die beiden pan-arabischen Nachrichtenkanäle Al-Jazeera und Al-Arabiya ausführlicher über die erneute Veröffentlichung berichtet hatten.¹³⁷

Andererseits legen Analysen zu neu entstandenen Mustern transnationaler Vernetzung und Mobilisierung infolge der Wiederveröffentlichung der Karikaturen nahe, dass exponierte gesellschaftliche bzw. religiöse Akteure den Karikaturenstreit nutzen konnten, um das »politische Projekt« der Schaffung einer globalen islamischen Gemeinschaft (*global ummah*) voranzutreiben.¹³⁸ Diese spezifische Form der Identitätspolitik fußte ihrerseits maßgeblich auf der Schaffung eines gemeinsamen, geteilten Bedeutungszusammenhanges (qua geteilter Bedeutungsgehalte und Realitätsdeutungen) über Diaspora-Medien und Internetkommunikation. In diesem Zusammenhang dienten Online-Netzwerke – durchaus in ihren Bezügen zu traditionellen Massenmedien, deren Berichterstattung sie aufgriffen und die sie im Umkehrschluss beeinflussten – als zentrale Dimension gemeinschaftlicher Bedeutungsproduktion. Saunders fasst dahingehend zusammen, dass diese Online-Medien europäischen Muslimen Zugang zu einer »[...] responsive

133 Im Gegensatz zum (neokonservativen) *Weekly Standard* und einigen kleineren, lokalen Zeitungen, vgl.: Rahman 2006. Zum US-Kontext überdies: Kuipers 2008: 9.

134 Vgl. Sakr 2008: 291.

135 Vgl. auch: Karim 1998; Sinclair/Cunningham 2000; Hirji 2006.

136 Zur Rolle von Online-Medien: Feldt/Seeberg 2006; Sullivan 2006.

137 Vgl. Olesen 2009: 414.

138 Vgl. Saunders 2008: 304.

virtual community that [...] banishes their confusion, while offering a geographic space where some semblance of Islamic unity can be facilitated«, verschaffte.¹³⁹ Als ausgemacht kann demzufolge gelten, dass auf Errichtung einer globalen Gemeinschaft der Muslime abzielende Eliten den Karikaturenstreit gleichsam instrumentalisierten; wichtiger aber noch ist, mit welchen *diskursiven Konsequenzen* sie dies taten. Indem sie den Impuls identitärer Abgrenzung zwischen Nichtmuslimen und Muslimen¹⁴⁰, der insbesondere aus der ursprünglichen Publikation resultierte, aufgriffen und medialer Verstärkung zuführten, beförderten sie maßgeblich eine kulturell-religiöse (diskursive) Konfliktdynamik.

Die politischen Folgen des Karikaturenstreits lassen sich dabei in unmittelbare (unmittelbar zu beschreibende) und mittelbare unterscheiden. Unmittelbar führte der Streit in seiner dritten Phase zu Protestkundgebungen in vielen Staaten der sog. »islamischen« Welt (Pakistan, Bangladesch, Malaysia, Jemen u.a.¹⁴¹) und zu gewalttätigen Übergriffen auf Christen (etwa in Nigeria mit über 100 Toten).¹⁴² Im Gazastreifen stürmten Aksa-Brigaden das Büro der EU¹⁴³, auf diplomatischer Ebene kam es zu (zeitweisen) Botschaftsschließungen bzw. dem Abzug des diplomatischen Personals (Saudi-Arabien, Libyen). Auch wenn der wirtschaftliche Schaden insgesamt überschaubar blieb¹⁴⁴, so spielten der zeitweise Boykott dänischer Waren (etwa in Kuwait und Saudi-Arabien¹⁴⁵) und der Abbruch der Handelsbeziehungen zu Dänemark seitens des Iran auf symbolischer Ebene eine Rolle. Zudem wurden nachfolgende vereinzelt Angriffe auf Filialen westlicher Unternehmen in Indonesien, Syrien, Pakistan, Iran und Libyen sowie der Anschlag auf die dänische Botschaft in Islamabad (Pakistan) im Juni 2008 seitens der Attentäter unter Hinweis auf die Veröffentlichung der Karikaturen begründet.¹⁴⁶

Mittelbar hat der »Karikaturenstreit« aber auch zu einer verstärkten Wahrnehmung kulturell-religiöser Differenzen als Antagonismus beigetragen. Auch wenn Studien zur Öffentlichen Meinung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Karikaturenstreit oder Langzeittrends für die meisten relevanten Gesellschaften kaum aufzufinden sind¹⁴⁷: Die Wirkung der medi-

139 Ebd.: 311. Vgl. auch Qvortrup 2006.

140 Saunders 2008: 318.

141 Bergmann 2006.

142 Vgl. Polgreen 2006. Post (2007: 72) verweist auf eine Schätzung von weltweit 139 im Zuge der Proteste getöteten Menschen.

143 Hansen, R. 2006: 9.

144 Amitsbøll/Vidino 2006, S. 8.

145 Saunders (2008: 317) spricht von insgesamt 134 Mio. US-Dollar Verlust.

146 Vgl. für die Anschläge auf die Unternehmen: Codina/Rodríguez-Virgili 2007: 34.

147 Eine Ausnahme, allerdings in ihrer Reichweite begrenzt, bildet: Imra 2006. Die Ergebnisse untermauern die hier getroffenen Annahmen tendenziell.

alen Berichterstattung an sich hat der Idee eines wechselseitigen Ausschlusses von Redefreiheit und Achtung islamischer Gebote auf beiden Seiten zu mehr Prominenz verholfen. Die Deutung des Verhältnisses als konfliktbeladen i.S. einander ausschließender kulturell-religiöser Konzepte gewinnt dabei vor dem Hintergrund von muslimischer Migration nach bzw. deren Integration in westeuropäischen Gesellschaften ebenso wie hinsichtlich der Invasionspolitik des Westens im Nahen und Mittleren Osten eine besondere Bedeutung. Die Verstärkung einer Wahrnehmung eines »wechselseitigen Kreuzzuges« in der Folge des Karikaturenstreits scheint in diesem Zusammenhang plausibel.

Am ehesten systematisch erforscht wurde diese Dynamik in Studien der diskursiven Rahmung der Berichterstattung *über den Streit* in westlichen Zeitungen. Strömbäck et al. konnten so etwa die Bedeutung des Interpretationsrahmens »Islam versus Westen« in der Berichterstattung der US-amerikanischen, weniger der schwedischen Presse nachweisen.¹⁴⁸ Shehata zeigt zudem in seiner Analyse ebenfalls der schwedischen und US-amerikanischen Presseberichterstattung, dass die Berichtsperspektive der »Pressefreiheit« in der nachfolgenden Schilderung des Konflikts wesentlich weniger prominent vertreten war als der Aspekt der »Intoleranz«, auf die seitens muslimischer Akteure angesichts der Veröffentlichung der Karikaturen und der Behandlung muslimischer Einwanderer in Dänemark generell hingewiesen wurde.¹⁴⁹ Dabei bleibt zunächst offen, in welchem Umfang die Berichterstattung über diese Wahrnehmung seitens muslimischer Akteure auch Bewertungen, Einschätzungen oder Zurückweisungen ebendieser Kritik enthielt. Allein, offenkundig richteten sich die massenmedialen Berichtsmuster an der *Konflikthaftigkeit* und der sich abzeichnenden Lagerbildung aus und gaben damit der Perspektive eines anstehenden »Kulturkampfes« Nahrung.¹⁵⁰ Müller hat dahingehend darauf verwiesen, dass auf diese Weise Konflikt dergestalt kanalisiert wurde, als bestünde gesellschaftlich-kulturelle Einheitlichkeit in gegeneinander stehenden Lagern.¹⁵¹

Im Kern ist es diese diskursive Zuspitzung des jeweiligen Deutungsgebots (und damit auch gesellschaftlicher Bedeutungshorizonte), welche die politische Bedeutsamkeit des Karikaturenstreits ausmacht. In diesem Sinne schuf die massenmedial vermittelte Transnationalisierung (die Re-Publikation und deren Begründung, die Organisation von Protest und sich abgrenzende Berichterstattung im islamischen Raum und schließlich die begleitende Schilderung dieser Konfliktodynamik) eine neue Qualität des bereits schwelenden kulturell-religiösen Konflikts zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Dabei war nicht zuletzt auch die massenmedial vermittelte

148 Strömbäck et al. 2008.

149 Vgl. Shehata 2007.

150 Vgl. in kritischer Absicht maßgeblich gegenüber westlichen Massenmedien: Powers 2008: 353.

151 Müller 2008: 97.

Zuspitzung auf den Konfliktkern – bei großflächiger Aussparung moderater Bearbeitungsversuche seitens einzelner Akteure – zu beobachten. Powers weist darauf hin, dass

»[...] non-stereotypical Islamic or Western reactions were each under-reported and de-emphasized. Alternative frames, such as ones focusing on reconciliation and respect, two themes outlined in the letter sent from Egyptian Minister of Foreign Affairs to the United Nations Secretary-General, rarely commanded the newspaper headlines or televised images surrounding the affair.«¹⁵²

Dass die Transnationalisierung beiderseits vor allem unter dieser Berichtsperspektive geschah, hatte mit Blick gerade auf die muslimischen Gesellschaften im Nahen und Mittleren Osten vor allem mit der dort vorherrschenden Sicht auf die westliche Nahost-Politik und die Invasion der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten im Irak zu tun. Wie der Herausgeber einer marokkanischen Wochenzeitung bemerkte: »The cartoons are adding insult to injury. Not only are you invading and robbing our lands, you are insulting our faith.«¹⁵³ Das Bemerkenswerte ist, dass eine solche Wahrnehmung sich gegenüber teils von prominenter Seite gerade im US-amerikanischen Kontext geäußelter Kritik an der Veröffentlichung der Karikaturen so umfassend durchsetzte, dass diese kaum wahrgenommen wurde.¹⁵⁴ Im Gegenzug kaprizierte sich auch die westliche Berichterstattung weniger auf die moderate Artikulation muslimischer Organisationen in westlichen politischen Systemen (Dänemark, Frankreich, Deutschland¹⁵⁵), sondern stellte einen Zusammenhang zwischen muslimischem Protest und genereller Militanz und Fundamentalisierungstendenzen des Islam her.¹⁵⁶ Damit provozierten Massenmedien durch ihre Berichtsmuster in verschiede-

152 Powers 2008: 350.

153 Time 2006. Vgl. auch: Ahmed et al. 2006: 7ff.

154 So stellte der ehemalige US-Präsident Clinton die Veröffentlichung der Karikaturen in den Kontext europäischer Islamfeindlichkeit und verglich diesen mit dem europäischen Antisemitismus der Vorkriegszeit, vgl.: Hansen, R. 2006: 10. Die damalige Sprecherin des US-Außenministeriums Higgins bezeichnete die Karikaturen ebenfalls als »beleidigend«, vgl. Codina/Rodríguez-Virgili 2007: 34. Dies mag auch einer strategisch motivierten Überlegung angesichts desaströser Imagewerte der Vereinigten Staaten in muslimischen Ländern im Gefolge des Irak- und des Afghanistan-Krieges geschuldet gewesen sein. Der springende Punkt aber ist: Es veränderte die Wahrnehmungsmuster in »islamischen« Medien kaum.

155 Vgl. Miera/Sala Pala 2009: 400; Olesen 2009.

156 Vgl. etwa für den deutschen Fall: Jäger/Jäger 2007.

denen »westlichen« Gesellschaften auf diskursivem Terrain eine wesentlich rigidere Konturierung des Feindbildes Islam.¹⁵⁷

Die sich in drei Phasen vollziehende diskursive Dynamik ist in unten stehender Übersicht (Tab. 5) noch einmal schematisch dargestellt. Entscheidungen der Massenmedien erfolgten damit in allen drei Phasen des Karikaturenstreits, ja waren ursächlich für Konfliktgenese und -verlauf. Dies impliziert keine eindimensionale Aussage über die Gemengelage von Motivationen (politische Agenda, journalistisches Ethos, Nachrichtenwerte, Auflagesteigerung, Instrumentalisierung) auf beiden Seiten. Das herausstechende Charakteristikum ist, dass Massenmedien nicht allein zu Zwecken der politischen Mobilisierung instrumentalisiert wurden, sondern über (Re-) Publikationsentscheidungen und Begründungen ebenso wie über die wechselseitige Berichterstattung (vorangegangenen Medienhandelns) aktiv involviert waren. Insbesondere die letzte Phase der Transnationalisierung¹⁵⁸ ist für hier verfolgte Zwecke von entscheidender Bedeutung (vgl. Abb. 12), weil in ihr sowohl qualitativ neuartige diskursive Dynamiken griffen als auch und insbesondere diskursive Bedeutungsproduktion in einem grenzüberschreitenden Handlungskontext erfolgte. Der resultierende transnationale Dissens zwischen jeweiligen Segmenten von Gesellschaften und eine quer zu nationalstaatlich organisierten Gesellschaften entstehende Konfliktlinie (die ihrerseits auf Prozessen der Bedeutungsproduktion beruht) kann dabei als entscheidendes Resultat massenmedialer Bedeutungsprägung betrachtet werden. Mediale Diffusion in grenzüberschreitenden Kontexten, wie Olesen ausführt, fußte dabei zweifelsohne auf verschiedenen Akteursstrategien (politischen Agenden, ökonomischen Kalkülen etc.), »[b]ut once an event [...] migrates out of its local or national context it sets in motion a dialectical dynamic that is difficult to both control and predict«.¹⁵⁹

157 Für einen Bezug der Karikaturenkrise auf zunehmende Islamophobie in Großbritannien und Australien: Poynting/Mason 2007. Siehe auch die einzelnen Beiträge in: Kunelius et al. 2007.

158 Vgl. auch: Olesen 2007, 2009. Ich folge hier Olesens Begriffsverwendung (2009: 412), der zufolge »transnational« steht für »[...] it appeared in many places [across borders] at the same time or at least as part of the same sequence of events«.

159 Ebd.: 418.

Tabelle 5: Der Karikaturenstreit als Abfolge dreier diskursiver Phasen (Episoden), in denen (basierend auf massenmedialem Handeln) zwei konkurrierende und konfligierende Realitätsdeutungen quer zu nationalstaatlichen Gesellschaften verstärkt wurden

PHASE	KONKURRENZ REALITÄTS- DEUTUNGEN SEITENS...	DEUTUNGEN	MASSENMEDIALER EINFLUSS
INITIALISIERUNG (DÄNEMARK)	Islam-Kritiker/ Immigrations-Skeptiker	Publikation = Provokation ¹⁶⁰ <i>angesichts »Parallel- gesellschaft«, Tabuisierung</i>	Massenmediale Beeinflussung diskursiver Konstruktion durch: - Auftrag, Karikaturen anzufertigen - Publikationsentscheidung - Rechtfertigung
	Muslimische Gemeinden	Publikation = Provokation <i>als Ausdruck einer Marginalisierung¹⁶¹, Verunglimpfung</i>	
INTERNATIONALISIERUNG	»Offizielles Dänemark«	Pressefreiheit schützt Publikation	... Berichterstattung im arabischen Raum, muslimischen Ländern
	Muslimische Staaten (und teils: Gesellschaften)	»Westen vs. Islam«	

160 Ich folge hier der (moderaten) Einschätzung von Codina/Rodríguez-Virgili (2007: 31), die die Publikationsentscheidung als Teil einer Strategie betrachten, »[...] to challenge moderate European Muslims to speak out on the social consequences of some radical Islamist standpoints«. Dies widerspricht nicht einer Deutung, dass gerade *Jyllands-Posten* bisweilen offen islamfeindliche Positionen bezogen hat und nicht primär um Verständigung bemüht gewesen ist.

161 Vgl. Müller/Özcan 2007: 290.

TRANSNATION- NALISIERUNG	Westliche Medien (Europa: Re- Publikation; USA: eher »Bericht« ¹⁶²)	Pressefreiheit, Meinungsfrei- heit prioritär (Europa: »Islam vs. Westen«)	... - Re-Publikation der Karikaturen - Berichterstattung (westliche Medien, arabische Medien/ muslimische Länder, Diaspora-Medien) - Online-Aktivismus, »neue Medien«, - Organisation von Protest/Mobilisierung qua Realitätsdeutung
	Muslimische Einwande- rungsgemein- schaften & Staaten/ Ge- sellschaften; »muslimische Welt« = »virtuelle Umma«	»Doppel- standards« ¹⁶³ , Respekt vor Islam nicht vorhanden, »Westen vs. Islam«, Rassismus	

10.3 DIE TRANSNATIONALITÄT DISKURSIVER WELTPOLITIK

Die beiden geschilderten Fälle verdeutlichen, dass Massenmedien in grenzüberschreitenden Kontexten sowohl als Produzenten geteilter Bedeutungsgelände als auch miteinander konkurrierender, sich diametral gegenüberstehender Realitätsdeutungen fungieren. Ersteres leisten sie innerhalb einer bestimmten Gruppe von Gesellschaften; im Falle der transatlantischen Medienklüfte in Form einer Angleichung der meisten nationalen Berichtsperspektiven im westeuropäischen Kontext gegenüber dem atlantischen Partner USA. Im zweiten Fall bewirkten sie im Wesentlichen die Schaffung einer übergreifenden »islamischen« Berichtsperspektive, tendenziell auch eine Angleichung westlicher Medienperspektiven gegenüber einem islamischen Konfliktgegner. Dass die geschilderten Prozesse jeweils »gegenüber« anderen Akteuren erfolgten, kennzeichnet die zweite Dimension und damit die einer massenmedial vermittelten und beförderten Abgrenzung von Gesell-

162 Vgl. Berkowitz/Eko 2007: 788.

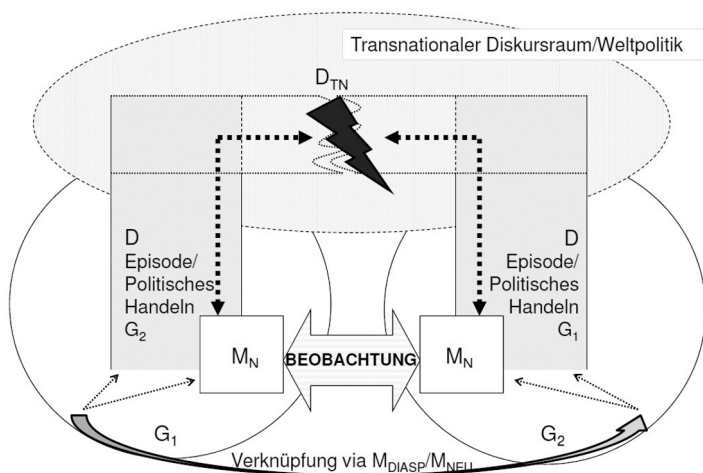
163 Vgl. u.a. Hussain 2007: 113. Es ist dabei nicht bedeutsam, ob westliche Karikaturisten (in einem christlichen Kontext) Ähnliches oder »Blasphemisches« zeichnen würden – sie tun es nachgewiesenermaßen. Was zählt, ist die umfangreiche Durchsetzung einer solchen Wahrnehmung von Doppelstandards (»Eure Künstler dürften sich das gegenüber *Eurer* Religion nicht erlauben«) in muslimischen Gesellschaften, die durch die kolportierte Nichtveröffentlichung von »Jesus-Karikaturen« in der Zeitung *Jyllands-Posten* noch verstärkt wurde, vgl. ebd.: 126.

schaften bzw. Segmenten von Gesellschaften untereinander, teils quer zu bzw. innerhalb nationalstaatlicher Grenzen. Diese auf abstrakter Ebene als gruppendynamische Prozesse auszuweisenden Dynamiken haben dabei nicht nur *auch* einen, sondern einen *primär* diskursiven Charakter insofern, als ihnen Prozesse der sozialen Bedeutungskonstruktion unterliegen. Dabei sind sie, trotz Steuerungsversuchen einzelner (teils »traditioneller« politischer) Akteure primär gesellschaftliche Prozesse und als solche von zunehmend zentraler Bedeutung für Außen- und internationale Politik. In *diesem* Sinne kanalisieren Prozesse massenmedial vermittelter, produzierter, verstärkter und/oder eskalierter Realitätskonstruktion das Handeln exponierter außenpolitischer Akteure in zunehmendem Maße. In *diesem* Sinne ist Öffentliche Meinung und sind Formen gesellschaftlicher Mobilisierung nicht mehr nur ein nachrangiges Phänomen oder eines unter vielen anderen.¹⁶⁴

Welche Formen von diskursiver Transnationalisierung lassen sich in den beiden geschilderten Fällen ausmachen? Hinsichtlich der transatlantischen Medienkluft entfalten Massenmedien ihre Wirkung in einem transnationalen Kontext, sie agieren aber zumeist in nationalen Räumen. Transnationalität stellt sich vor allem über eine Gesellschaften übergreifende Angleichung der bereitgestellten Deutungsangebote bzw. eine gemeinsame Abgrenzung gegenüber einem anderen Akteur (in dem Fall: der USA) her. Die transnationale Komponente umschreibt damit im eigentlichen Sinne die (auch) durch Medien vorangetriebene, wenigstens temporäre Schwächung des sozietaalen Unterbaus des transatlantischen Bündnisses bei gleichzeitiger Annäherung der Deutungshorizonte im westeuropäischen Kontext.

164 Emblematisch für eine solche Sicht, gerade mit Blick auf das transatlantische Verhältnis: de Castro 2009: 41. Unter »ferner liefen« wird dort angemerkt, dass »auch die Öffentliche Meinung« hinsichtlich der Dynamiken des transatlantischen Verhältnisses eine Rolle spiele, wobei der an dieser Stelle gesetzte Verweis lapidar ausführt, diese Öffentliche Meinung bestehe aus: »Population plus Mass Media« (ebd.: 46, FN 33). Aus Sicht der vorliegenden Arbeit gleicht dies einem unbotmäßig verkürzten Blick auf politische Prozesse im Verhältnis der Vereinigten Staaten und Europas.

Abbildung 12: Der Karikaturenstreit als Sonderfall der massenmedial vermittelten Transnationalisierung von Dissens



Die besondere Dynamik ergibt sich dabei aus dem Primat gesellschaftlicher Akteure (Journalisten, religiöse Eliten etc.) gegenüber Akteuren der jeweiligen politischen Systeme und der Sonderrolle von transnationalen Medien (M_{DIASP}/M_{NEU} , also v.a. Online-Netzwerken und Kommunikationsplattformen)

Im Fall des Karikaturenstreits ist die transnationale Komponente¹⁶⁵ deutlicher, findet zu einem maßgeblichen Teil auch im Agieren transnationaler Massenmedien bzw. der Nutzung transnationaler Medientechnologien ihren Ausdruck. Hier werden durch Medienhandeln und Berichterstattung konfligierende Bedeutungshorizonte bereitgestellt, die Segmente von Gesellschaften miteinander vernetzen. Darauf kann nicht umstandslos geschlossen werden allein auf Basis des Vorhandenseins bestimmter Medientechnologien oder allein der Präsenz sozialer Bewegungen/Netzwerke (vgl. dazu Kap. 2.5 für eine vorherrschende Gleichsetzung von Medientechnologien und bestimmten Klassen von Effekten).¹⁶⁶ Lässt sich mit Blick auf den Karikaturenstreit auch plausibel davon ausgehen und punktuell beschreiben,

165 Dies ist nicht ohne historische Vorläufer, wie die Rushdie-Affäre eingangs der 1990er zeigte (vgl. Davies 2008); allerdings unterscheidet sich Konfliktodynamik und -intensität, v.a. der Grad der Involviertheit von Gesellschaften, des »Karikaturenstreits« erheblich davon, nicht zuletzt auch wegen des »neuen Medienumfeldes«.

166 Stein 2009.

dass die komplexen mediatisierten Dynamiken auch eine verstärkte Nutzung von Diaspora-Medien und »neuen Medientechnologien« umfassten, so ist deren je spezifischer Einfluss auf diskursive Bedeutungsprägung allerdings durch weitere Forschung differenzierter abzubilden. Dies gilt insbesondere für die Erforschung des Zusammenhangs zwischen eher traditionellen Massenmedien (hier: pan-arabischen Nachrichtenkanälen) und der Nutzung von Online-Netzwerken sowie Kommunikationsplattformen¹⁶⁷ hinsichtlich der resultierenden Zuschnitte konstruierter Bedeutungsgehalte. Nachdem somit bisher eher in illustrierender Absicht kenntlich gemacht wurde, *dass* Medienaktivismus formative Effekte auf trans- wie internationale politische Prozesse über die Beeinflussung diskursiver Bedeutungsprägung ausübt¹⁶⁸, gilt es für zukünftige Forschung, diesen Nexus von mediatisierten Handlungskontexten und resultierender Bedeutungsprägung einer genaueren Analyse zu unterziehen.

167 Vgl. u.a.: Waltz, M. 2005: 90; Lester/Hutchins 2009.

168 Aksoy/Robins 2003: 383. Vgl. auch: Aday/Livingston 2008.

